Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261. Mittwoch, den 6. November 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Mehr Futter für Moloch.

Die ständig fortschreitende militaristische Verseuchung es deutschen Bürgertums kann nicht besser charakterisiert werden, als durch einen Ausspruch des fortschrittlichen Ex-Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf, den dieser am Sonntag in einer liberalen Wählerversammlung im ersten Berliner Reichstagswahlkreise tat. Herr Kaempf empfahl fort die Fortschrittliche Volkspartei als den schärfsten Gegner der Sozialdemokratie und versicherte weiter, er selbst sei stolz darauf, daß unter seiner Präsidentschaft die Heeres- und Marinevorlagen in einer Weise angenommen worden seien, die dem Ansehen des Reichs nach innen und außen entsprechen. Mag man auch geneigt sein, in dieser ostentativen Hervorkehrung seiner antisozialistischen und militärbegeisterten Gesinnung ein wohlberechnetes wahltaktisches Manöver zur Gewinnung der rechtsstehenden Wähler zu sehen, ohne deren Stimmen der Fortschrittskämpe todsicher durchfällt, so bedeutet sie doch sicher auch noch etwas mehr als eine bloße Verbeugung nach rechts. Es spiegelt sich darin die Tatsache, daß der Freisinn heute völlig eines Sinnes ist mit den wütendsten Rüstungsfanatikern, und daß die offiziellen Militärstrategen, wie schon bei der letzten Militärvorlage, so auch künftig mit einer geschlossenen bürgerlichen Mehrheit für alle Rüstungsforderungen rechnen können. Die Dinge haben sich eben inzwischen in das gerade Gegenteil von früher verkehrt. Suchten sich die bürgerlichen Parteien, besonders der Freisinn und das Zentrum, noch bis vor wenigen Jahren vor ihren Wählern den Anschein zu geben, als ob sie die Berechtigung der Regierungsforderungen ernsthaft zu prüfen gewillt seien, so ist heute gar keine Rede mehr von bürgerlicher Opposition gegen Rüstungsvorlagen.

Bei dieser Sachlage hat es auch nichts Überraschendes, wenn zurzeit, kaum daß die letzte Militärvorlage unter Dach gebracht ist, gerade die liberale Presse in der Agitation für eine weitere Steigerung des Rüstungswahnsinns sich förmlich überschlägt. Die Militärverwaltung wird heftig angegriffen, daß sie in der Durchführung der vom Reichstag bewilligten Formationen nicht schnell genug vorgeht, und zugleich wird, wie wir gestern schon berichteten, Stimmung gemacht für die nächste Rüstungsvorlage, die in einer besseren Ausbildung der Ersatzreserve-Mannschaften, vor allem aber in der „würdigen Ausgestaltung“ der neuen Errungenschaft im Völkermord, der Luftflotte, bestehen soll. Für den letzterwähnten Zweck hat sich vor nicht langer Zeit eine eigene Organisation unter Führung des Reichstagsabgeordneten Bassermann gebildet, der Deutsche Luftflottenverein, der sich mit löblichem Eifer bemüht, es seinen älteren Geschwistern in der Rüstungstreiberei zu Wasser und zu Lande gleich zu tun. Am Sonntag hielt der Verein in Kassel eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die eigens zu dem Zwecke einberufen war, um das „deutsche Volk“ und den Reichstag für die Pläne der Luftflottenenthusiasten zu gewinnen. Die Tagung wurde eingeleitet mit einer Kriegervereinsrede des Vorsitzenden Bassermann, in der er nach bekanntem Muster Armee und Flotte als „gewaltigste Friedensinstrumente“ pries. Nur sind diese beiden heute nicht mehr so absolut zuverlässig, da neuerdings ein weiteres „Friedensinstrument“ hinzugekommen ist, das in Deutschland leider noch nicht die Wertschätzung genießt, die man ihm anderwärts, besonders aber bei unserm „Erbfeind jenseits des Rheins“ entgegenbringt. Deshalb, so verkündete der Chef der nationalliberalen Partei,

gilt es, die weitesten Kreise der Bevölkerung auf die Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt hinzulenken, und wir wollen von dieser Stelle aus das Volk für die hohe Bedeutung der Luftschiffahrt interessieren und ihm zeigen, daß die deutsche Luftflotte gefördert werden muß, genau so, wie zum Schutze unserer nationalen Güter Heer und Flotte gefördert werden müssen. (Beifall.) Wie der Deutsche Flottenverein und der Deutsche Wehrverein bestrebt sind, für die Kriegstüchtigkeit und das Wachstum der Flotte und des Heeres im deutschen Volke Propaganda zu machen, so wollen wir im Deutschen Luftflottenverein dem Volke zeigen, daß es notwendig ist, eine starke und große Luftflotte zu schaffen, mit der sich Deutschland in der Welt sehen lassen kann. (Beifall.) Es handelt sich bei uns um dieselben nationalen Ziele und Aufgaben, die der Flottenverein seit Jahren kraftvoll und mutig vertreten hat. Die Regierung wird bei ihren Forderungen für Heer und Marine und vor allem für die Luftflotte durch den Luftflottenverein nach Kräften unterstützt werden. (Beifall.) Deshalb ist es notwendig, daß der Luftflottenverein ein großes Heer um seine Fahne sammelt, damit seine Stimme in den Parlamenten Gehör findet. Wird der Reichstag sehen, daß hinter diesen Forderungen Tausende und aber Tausende von nationalempfindenden deutschen Männern stehen, so wird es für den Reichstag schwer sein, über solche Forderungen einfach zur Tagesordnung überzugehen. Der Luftflottenverein will sich in den Dienst des Vaterlandes stellen. Wir wollen deshalb auch heute Satzungsänderungen vornehmen, um zu ermöglichen, daß der Luftflottenverein auf eine größere nationalpolitische Basis gestellt werden kann. Wir wollen dann eine große und zielbewußte Werbetätigkeit im deutschen Volke entfalten. (Lebhafter Beifall.)

Nach Bassermann sprach der Kapitän zur See von Pustau-Berlin über die Notwendigkeit einer deutschen Luftflotte. Der Mann versicherte, daß die französische Aviatik nur der Zahl nach Deutschland überlegen sei, nicht in der Technik, denn technisch könne Deutschland mindestens das gleiche leisten wie Frankreich. Natürlich müsse eine mustergültige Organisation für den Luftflottendienst eingerichtet werden, und dazu sei erforderlich, daß vom Reiche für den Bau von Luftschiffhallen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Der Luftflottenverein müsse seine Werbetätigkeit so weit ausdehnen, daß er für diese Forderungen das Volk gewinnt, um die Regierung bei der Vertretung ihrer Forderungen im Parlament kräftig unterstützen zu können. Für die kleineren Fahrzeuge müssen Etappenstationen geschaffen werden. Denn es dürfe nicht heißen: Luftschiffe oder Luftfahrzeuge, sondern Luftschiffe und Flugfahrzeuge. Auch müßten mit Hilfe des Staates große Fonds bereitgestellt werden, aus denen verunglückte Flieger materiell sichergestellt und aus denen ihnen kostenlose Pflege und Heilung gewährt werden können. Voraussetzung hierfür ist natürlich die Schaffung eines zuverlässigen Flieger- und Beobachtungspersonals, das im Augenblick einer Mobilmachung der Heeresverwaltung sofort zur Verfügung gestellt werden kann. Geradezu begeistert ist der Herr von Pustau von den „großartigen“ Zukunftsperspektiven der Luftflotte im Massenmord, die er seinen Zuhörern in den glühendsten Farben schilderte:

„Die wichtigste Aufgabe fällt der Luftflotte hinsichtlich des Zerstörungsdienstes zu. Es sei nur erinnert an die Erfolge der Wurfwettbewerbe in Frankreich und in Johannisthal. Aus einer Höhe von 500 Meter wurden in einem Radius von 50 Meter glänzende Erfolge erzielt. Die großartigen Leistungen können, auf den Krieg übertragen, zu einer geradezu unheilvollen Zersprengung der feindlichen Armee führen. Man hat mit rückwirkenden Sprengbomben Versuche angestellt und dabei gefunden, daß die Zerstörung eine ungeheure. Auf 200 Meter Entfernung wurden 6 Zentimeter dicke Bretter mit Leichtigkeit durchschlagen, und zwar mit einer solchen Kraft, daß, wenn diese rückwirkenden Sprengbomben bereits in Mukden angewendet worden wären, sämtliche Russen hinter ihren Verschanzungen glatt erschossen worden wären. Der Kampf gegen einen Feind in der Luft ist so schwierig, daß man vielleicht die Frage aufwerfen könnte, ob im Kriege der Zukunft letzten Endes die Entscheidung nicht überhaupt durch die Luftflotte herbeigeführt werden wird. Der Kampf gegen Luftfahrzeuge kann von der Erde aus nur sehr schlecht bewerkstelligt werden und es kann schon heute gesagt werden, daß dieser Kampf nur in der Luft selbst ausgefochten werden kann. Dabei kommt es aber natürlich lediglich auf die Zahl der Fahrzeuge an, die ein Heer besitzt, und das ist der Kernpunkt der ganzen Frage.“

Wahrlich, es sind nette Perspektiven, die hier von den Bassermann und Konsorten dem deutschen Volke aufgetan werden! Und wenn es nach dem Willen dieser „Friedensapostel“ geht, wird der deutsche Reichstag sich bereits in der allernächsten Zeit mit der Verwirklichung dieser Pläne zu befassen haben. Auf Antrag Bassermanns wurde nämlich einstimmig und ohne Debatte die nachfolgende Resolution angenommen, die unverzüglich dem Reichstag und Bundesrat unterbreitet werden soll.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Luftflottenvereins vom 3. November 1912 bittet den Reichstag, daß er Forderungen der verbündeten Regierungen auf Schaffung einer starken deutschen Luftflotte und auf Schaffung von Stützpunkten für dieselbe durch Errichtung von Luftschiffhallen und Luftschiffhäfen sowie Flugzeug-Etappenstationen im weitesten Umfange entsprechen möge.

Außerdem wurden eine Reihe von Satzungsänderungen beschlossen, die dem bisher „unpolitischen“ Verein eine lebhafte politische Propaganda nach Art der vom Flottenverein betriebenen ermöglichen sollen. Ferner wurden angenommen Anträge von Dr. Backmeister-Elberfeld und Dr. Samuel-Berlin, nach denen der Verein bereits in nächster Zeit in allen Teilen des Reichs mit Werbevorträgen hervortreten soll. Dem braven Michel wird also umgehend und mit wissenschaftlicher Präzision von den Sachverständigen des Luftflottenvereins bewiesen werden, wie dringend notwendig und wie patriotisch es ist, daß er sein Geld nun auch noch auf dem Altar des Luftmilitarismus opfert. Die großindustriellen „Gönner“ der Bassermänner aber reiben sich schon schmunzelnd die Hände ob der schönen Profite, die ihnen das allerneueste Friedensinstrument einbringen wird.

Vom Kriegsschauplatze

liegen heute wesentliche Meldungen nicht vor. Die serbische Armee, welche gegen Saloniki marschiert, hat den 20 Kilometer von letztgenannter Stadt liegenden Ort Gömendscha ohne Widerstand besetzt. Die andere serbische Armee steht vor Monastir, dessen baldiger Fall erwartet wird. Angeblich soll der türkische Generalstab den Beschluß gefaßt haben, den Bulgaren vor den Höhen von Tschataldscha eine Entscheidungsschlacht zu liefern. Sollte wirklich ein solcher Entschluß zustande gekommen sein, so würde er direkt als widersinnig bezeichnet werden müssen. Denn daß die Türken auch hier Wichse bekommen würden, ist doch sicher anzunehmen.

Die Dürftigkeit der vorliegenden Meldungen ist wohl darauf zurückzuführen, daß Friedensverhandlungen erwartet werden, wenn auch zunächst das türkische Gesuch noch keine sofortige Aktion der Mächte nach sich ziehen wird. Deutschland hat sich bereit erklärt, den türkischen Wunsch an die Regierungen der gegen die Türkei Krieg führenden Staaten weiterzugeben, wenn auch die anderen Großmächte hierzu geneigt seien. Allerdings stände es bei den kriegführenden Regierungen, ob sie auf den Wunsch eingehen wollten oder nicht.

Wie das rumänische Blatt „Independance Roumaine“ von autoritativer Quelle erfährt, erhielt die Petersburger Regierung eine Note Poincares, worin dieser die schleunige Einberufung einer europäischen Konferenz vorschlägt. Rußland habe diesen Vorschlag angenommen und fordere Rumänien auf, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Zwischen der bulgarischen und der rumänischen Regierung ist, wie aus diplomatischer Quelle verlautet, ein Abkommen getroffen worden, durch das Rumänien einen Streifen bulgarischen Gebiets mit Silistria als Ausgangspunkt erhält. Für Rumänien ist dieses Gebiet von strategischer Bedeutung, da für den Fall eines bulgarisch-rumänischen Konflikts Rumänien bisher eine der bulgarischen Festung Silistria entsprechende Truppenabteilung halten mußte. — Rumänien soll also hiernach auch etwas vom Kriege profitieren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Wahlresultat in Berlin I.

Bei der Dienstag stattgehabten Ersatzwahl zum Reichstag erhielten Kämpf (Fortschrittler) 4888, Düwell (Soz.) 3840, Ulrich (Kons.) 587, Erzberger 174 Stimmen; zersplittert sind 62 Stimmen. Demnach ist Kämpf wiedergewählt. Dieses Resultat war zu erwarten, denn zunächst wurde nach den alten Wählerlisten gewählt, und ferner sind die demokratischen Stimmen offenbar ziemlich restlos diesmal gleich im ersten Wahlgang für Kämpf abgegeben worden. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß eine sehr große Anzahl Arbeiterwähler seit Januar aus dem Wahlkreis verzogen sind und zum Teil nicht mehr aufgefunden werden konnten.

Der Wahlkampf wurde namentlich in den letzten Tagen mit einer geradezu leidenschaftlichen Heftigkeit geführt. Das „Berliner Tageblatt“ griff zu einer Kampfesweise, die ganz bedenklich nach Reichsverbandsmanier roch. Insbesondere ließ dieses Blatt es sich angelegen sein, den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Düwell, nach allen Regeln reichsverbändlerischer Kunst persönlich herabzuwürdigen; daß auch die übrigen, in den Diensten der Fortschrittler stehenden Blätter ihr Möglichstes getan haben, um gemeinsam mit dem „Berliner Tageblatt“ die Sozialdemokratie mit den ältesten Ladenhütern und mit den unverfrorensten Behauptungen zu bekämpfen, versteht sich am Rande. Die Konservativen dagegen scheinen den Wahlkampf mehr ulkig aufgefaßt zu haben. Noch am Tage vor der Wahl hatten sie eine Versammlung einberufen, die von evangelischen Pastoren geleitet wurde, und in der auch eine ganze Reihe Pastoren in der Diskussion das Wort ergriffen hatten. Punkt zwölf Uhr nachts sang man gemeinsam: „Deutschland, Deutschland über alles“, um dann in animierter Stimmung die Diskussion solange fortzusetzen, bis fast niemand mehr im Saale anwesend war.

Sowohl die Fortschrittler als auch unsere Parteigenossen hatten für den Wahltag einen umfassenden Schlepperdienst eingerichtet. Schon in den ersten Stunden nach Beginn des Wahlaktes war die Wahlbeteili-

gung eine überaus lebhafte. Der Reichskanzler und die Minister und Staatssekretäre hatten sich bereits frühzeitig zur Stimmabgabe eingefunden. In der Mittagsstunde rückten hauptsächlich die sozialdemokratischen Wähler an, die den übrigen Teil des Tages an der Arbeitsstätte festgebannt waren. Die agitatorische Wahlarbeit wurde ganz besonders dadurch erschwert, daß seit dem Januar 2800 Umzüge aus dem 1. Wahlkreise stattgefunden haben. In der Hauptsache kamen natürlich Schichten in Frage, auf die gerade unsere Partei rechnen konnte und auch rechnen mußte. Zu einem ganz erheblichen Teil waren diese verzogenen Wähler überhaupt nicht mehr aufzufinden.

Unter solchen Umständen können wir mit dem erzielten Resultat zufrieden sein. Wenn die Fortschrittler gesiegt haben, dann verdanken sie das einzig und allein dem Umstande, daß nach den alten Wählerlisten gewählt werden mußte und in kluger Berechnung hat deshalb auch Herr Kämpf das Mandat gerade in dieser Zeit niedergelegt; daß er angeblich die Ungültigkeitserklärung nicht abwarten wollte, ist eine leere Ausrede, die kein Wissender ernst nehmen konnte.

Am 12. Januar 1912 hatten erhalten: Kämpf (Fortschritt) 4657, Düwell (Soz.) 4408, Gädke (Demokrat) 1395, Thomas (Antis.) 482, Oppersdorff (Zentr.) 169, Chocieseewski (Pole) 37 Stimmen. In der Stichwahl siegte Kämpf mit 5586 gegen Düwell, auf den 5579 Stimmen entfielen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Auf der Tagesordnung des Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses stand zunächst eine nationalliberale Interpellation über die Ausführung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes. Die Besprechung, die, wie vorauszusehen war, auslief wie das Hornberger Schießen, hat mit Deutlichkeit gezeigt, wie unklar das Gesetz ist, und ein wie schwerer Fehler des Reichstags es war, aus wahltaktischen Gründen eine Vorlage von so weit tragender Bedeutung zu überhasten. Von den Sozialdemokraten sprach Genosse Leinert, der in sachkundiger Rede auf die großen Mängel des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen hinwies.

Hierauf nahm das Haus einen nationalliberalen Antrag auf Förderung des Obst- und Gemüsebaues an. Der Antrag verlangt die Einstellung größerer Mittel zu diesem Zwecke in den nächstjährigen Etat. Auch die Sozialdemokraten erklärten sich damit einverstanden; ihr Redner, Genosse Hoffmann, betonte die Notwendigkeit, gerade jetzt, angesichts der gewaltigen Fleischteuerung, alles zu tun, um wenigstens das Gemüse zu verbilligen. — Die nächste Sitzung findet erst kommenden Montag statt.

Wiederbelebung des Seniorenkonvents im preußischen Abgeordnetenhause.

Der Ältestenrat (Seniorenkonvent) des Abgeordnetenhauses ist bekanntlich seinerzeit aufgehoben worden, weil die Konservativen mit der sozialdemokratischen Fraktion nicht zusammenarbeiten wollten. Man hat sich seit längerer Zeit damit beholfen, daß der Präsident nach Rücksprache mit den großen Fraktionen die Arbeitsdispositionen festsetzte. Nun wird bekannt, daß demnächst wieder ein Seniorenkonvent geschaffen werden soll. In diesem neuen Konvent sollen die großen Fraktionen durch 2 und 3, die kleinen durch je einen Abgeordneten vertreten sein.

Eine Zentrumsdemonstration in Berlin.

Gegen die Teuerung und für die Jesuiten hat das Zentrum für den 13. November nach einem der größten Säle Berlins eine Demonstrationsversammlung einberufen. Als Redner werden angekündigt: „Unsere Führer und Abgeordneten".

Hoffentlich versäumen die „Führer und Abgeordneten" nicht, die Demonstranten darauf aufmerksam zu machen, daß das Zentrum für die Erhöhung der Fleischzölle und auch für alle Schikanen gestimmt hatte, die die Einfuhr von Fleisch oder Vieh nach Deutschland erheblich erschweren, wenn nicht gar vollkommen unmöglich machen.

Weitere Abschwächung der Börse.

Bei der außerordentlich geringen Aufnahmelust werfen schon geringe Verkaufsangebote die Kurse nicht unerheblich zurück. Die Verstimmung der Börse wuchs am Dienstag durch die Ablehnung des Interventionsersuchens der Türkei durch Poincare, doch hielt sie sich zu Beginn verhältnismäßig ruhig. Die Kurse wichen im Durchschnitt um 1 bis 1½ Prozent. Gegen 1 Uhr verbreitete sich das Gerücht von einer Mobilisierung Österreichs; man erzählte sich sogar, daß österreichische Truppen schon in den Sandschak einmarschiert wären. Schnell erfuhren die Kurse weitere Rückgänge bis um 2 Proz., obwohl alle diese Gerüchte dementiert wurden. Später stellte sich auf kleine Käufe, u. a. auch einer Großbank, die wohl ostentativ gekauft hatte, eine Erholung ein.

Naumann lehnt ab.

Für das erledigte Landtagsmandat im Kreise Teltow-Land haben die Fortschrittler die Kandidatur dem früheren Reichstagsabgeordneten Naumann angeboten, der nach einer Meldung der „Voss. Ztg." jedoch abgelehnt hat. Die Entscheidung in diesem Kreise liegt bei den sozialdemokratischen Wahlmännern.

Die Balkanpolitik vor dem Reichstage.

Der Liberale Verein in Halle a. S. hat an den Vorstand der fortschrittlichen Reichstagsfraktion das Ersuchen gerichtet, im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die den Reichskanzler befragt, ob er angesichts der jüngsten Vorkommnisse auf dem Balkan Vorsorge getroffen habe, die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands im Orient hinreichend zu schützen. Weiter soll die Regierung darüber befragt werden, ob es richtig sei, daß der deutsche Gesandte, Frhr. v. Wangenheim, während seines früheren Aufenthalts in Athen gerade in der kritischen Zeit durch höfische Verpflichtungen außerhalb Athens sehr stark in Anspruch genommen worden sei.

Ein Opfer preußischer Polizeipraxis.

Einer jener krassen Fälle polizeilicher Ausweisungspraxis, wie sie bei der Beratung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes von unseren Vertretern in der Reichstagskommission angedeutet wurden, hat sich jetzt wieder in Breslau ereignet. Dort wurde die Witwe Schwarzer mit fünf Kindern eines Tages morgens um 5 Uhr von vier Schutzleuten aus dem Bett und der Wohnung geholt und zwangsweise über die Grenze nach Österreich geschafft, weil der vor fünf Jahren verstorbene Mann der Witwe Österreicher war. Frau und Kinder haben nie in ihrem Leben Österreich gesehen! Da der älteste Sohn der Frau wegen Schulschwänzens in Fürsorge kam, erfolgte ohne jede schriftliche Begründung die Ausweisung der Frau. Sie, die ihre Angehörigen als Zeitungsausträgerin und Bedienungsfrau all die Jahre hindurch ehrlich ernährt hatte, wurde zwangsweise nach Grulich in Böhmen transportiert, wo zunächst die Kinder ins Waisenhaus gesetzt wurden und wo die Frau nun vergeblich auf die Arbeitssuche ging. Kein Mensch geht ihr dabei zur Hand, denn auch der vor fünf Jahren verstorbene Mann hat in diesem von ihm vor Jahrzehnten verlassenen Orte keine Angehörigen, keine Bekannten mehr! Herzlos in die Fremde gesetzt, aus Brot und Lohn und Heimat gerissen, sendet die arme Frau jetzt ihren Hilferuf nach Breslau, die Behörden möchten ihr doch die Rückkehr erlauben.

„Es geht uns sehr schlecht," heißt es in dem Briefe, „wir können uns jetzt nicht mehr sattessen. Diese Woche bin ich mit auf Feldarbeit gewesen, aber ich habe nur 4 Mark 50 Pfg. verdient. Was ich hier schon geweint habe, daß ich in dem Hungerdorfe bleiben muß! Wir werden sehr traurige Weihnachten haben; ich wünsche mir jetzt immer den Tod und der kommt halt nicht. Wenn ich nur noch einmal nach Breslau könnte!" — Die vielfachen Klagerufe der Frau veranlaßten den Transportarbeiterverband, deren Mitglied Frau Schwarzer früher war, eine Eingabe um Rücknahme der Ausweisung an den Regierungspräsidenten zu machen. Die Lage der Frau wurde eingehend geschildert, aber kurz und knapp erging der Bescheid:

> „Auf die Eingabe vom 7. Oktober 1912 erwidere ich ergebenst, nach Prüfung des Sachverhalts, daß die gegen Cäcilie Schwarzer, geborene Matthias und ihre Kinder ergangene Ausweisungsverfügung nicht zurücknehmen kann.
>
> Der Regierungspräsident."

Auch hier wieder keine Erklärung, keine Begründung, einfach abgewiesen! Wenn aber im kommenden Winter aus Grulich etwa die Nachricht kommt, daß eine Frau freiwillig in den Tod gegangen ist, weil sie das Elend ihrer Kinder nicht mehr mitansehen konnte, dann wird Preußens Bevölkerung wissen, wodurch diese Frau soweit gekommen ist. Oder sollte nicht doch vorher noch eine Minister- oder Parlamentsdebatte das Schlimmste verhüten, in der Erkenntnis, daß das ärmlichste Leben wertvoller ist als das Schema F bei der preußischen Polizei?!

Eine Kennzeichnung.

Die ultramontane „Kölner Korrespondenz" befaßt sich wieder einmal mit dem geschäftigen Abgeordneten Erzberger. Sie schreibt in einem längeren Artikel unter anderem:

> „. . . . Führer dieser Ignoranten ist seit einiger Zeit Matthias Erzberger, der zuerst ein Freund, dann ein Gegner Bachems, dann ein Freund Roerens, dann wieder ein Freund Bachems, dann ein Gegner Spahns und Freund Oppersdorffs war und sich momentan wieder auf seiten der „Kölner" aufhält. Seine Darlegungen sind uns der beste Beweis für die komplette Ignoranz weitester katholischer Kreise über den Zentrumsstreit.
>
> . . . . Wenn Herr Erzberger doch endlich aufhören wollte, über Dinge zu schreiben, von denen er nichts versteht! Er möge den Etat durchstöbern, Statistiken machen, Intoleranzfälle sammeln und im Lande herumreisen, um die katholische Volksseele zu Parteizwecken in Wallung zu bringen. Dazu mag er sich eignen. Aber die tieferen Fragen möge er gefälligst anderen Leuten überlassen. Im übrigen ist er kein übler Mensch. Oberflächliche Naturen pflegen einen guten Fond zu haben. Auch Herr Erzberger wird wohl wieder den Weg zu uns finden, sobald er merkt, woher der Wind weht . . . ."

Die Leute von der „Kölner Korrespondenz" sind bei aller Schärfe des Urteils doch noch christlich genug, nicht alle Brücken zwischen sich und Herrn Erzberger abzubrechen. Wenn er seine Tätigkeit auf die ihm dort zugewiesenen Gebiete beschränkt, dann will man sich und wird man sich auch schließlich wieder mit ihm zusammenfinden.

Zur Herabsetzung der Altersgrenze bei Bezug der Altersrente.

Der Landesversicherungsassessor Seelmann, der sich wiederholt in der Presse über die Versicherungsgesetze und ihre Handhabung ausgelassen hat, veröffentlicht in der „Hartungschen Zeitung" einen Artikel, in dem er den Nachweis führt, daß alle Schätzungen der Regierung über die Mehrkosten der Herabsetzung der Altersgrenze viel zu hoch gegriffen sind. Die Reichskommission, die eingesetzt wurde, um statistisches Material zur Vorbereitung eines neuen Gesetzentwurfs zu beschaffen, hat in Dresden getagt, um bei der dortigen Landesversicherungsanstalt ein Verfahren zur Auszählung der Quittungskarten in den Altersklassen vom 65.—70. Lebensjahre zu finden. Sie ist dem Vernehmen nach zu einem positiven Ergebnis gekommen: Auf Grund der Vorschläge der Kommission wird nun voraussichtlich bei allen Versicherungsanstalten eine Auszählung der Quittungskarten stattfinden, um Unterlagen für die Berechnung der Mehrkosten zu finden. Herr Seelmann schreibt nämlich, daß niemand die Mehrkosten kennt, die durch die Herabsetzung der Altersgrenze entstehen; denn die Landesversicherungsanstalt weiß nichts von den Versicherten. Es ist ihr unbekannt, ob die Versicherten die Anwartschaft aufrecht erhalten und ob sie die sonstigen Voraussetzungen für die Altersrente erfüllt haben.

Die Reichsregierung berechnete im Reichstage die Mehrkosten, die durch die Herabsetzung der Altersgrenze entstehen würden, auf 45—50 Millionen Mark jährlich, und zwar sollten davon 29 Millionen Mark jährlich auf die Altersrenten entfallen, davon wieder 9 Millionen Mark auf die Reichskasse infolge der Reichszuschüsse und 20 Millionen Mark auf die Landesversicherungsanstalten. Es ist, so schreibt Herr Seelmann, bei der Berechnung angenommen worden, daß alle Versicherten, die im Alter von 65 bis 69 Jahren noch erwerbsfähig sind, Anspruch auf die Altersrente haben. Davon könne nicht im entferntesten die Rede sein, denn nur ein Bruchteil der Versicherten hat die Wartezeit für die Altersrente erfüllt. Viele Versicherte, die mit 65 Jahren Anspruch auf Altersrente haben, werden die Stellung eines Antrages auf Invalidenrente unterlassen, auch wenn sie schon invalide zu sein glauben. Denn die Altersrente ist leichter zu erlangen, weil der oft schwierige Nachweis der Invalidität nicht zu führen ist. Es tritt also eine Ersparnis an Invalidenrenten ein, wodurch die Mehrkosten sich weiter vermindern. Dann wird die Altersrente — von einer nur noch kurzen Übergangszeit abgesehen — nur solchen Versicherten gewährt, die 1200 gültige Wochenbeiträge geleistet haben. Diese Voraussetzung ist nur für einen kleinen Bruchteil der Versicherten erfüllt, weil viele erst in späteren Jahren in die Versicherungspflicht eintreten, viele die Anwartschaft auf früher geleistete Beiträge haben erlöschen lassen. Wie gering die Bedeutung der Altersrente ist, kann man daraus erkennen, daß im Jahre 1911 129 929 Invalidenrenten bewilligt wurden, aber nur 11 538 Altersrenten. Herr Seelmann glaubt, daß wesentliche finanzielle Bedenken der Herabsetzung der Altersgrenze nicht entgegenstehen.

Österreich-Ungarn.

Die Kämpfe in Ungarn. Am Dienstag begannen in Budapest die Delegationsberatungen. Die Delegationen sind die Ausschüsse des österreichischen und des ungarischen Parlaments, und haben über die, den beiden Staaten gemeinsamen Aufgaben, (Heer, Marine, Auswärtige Politik) zu beraten. Diese Sitzungen finden getrennt, umschichtig in Wien und in Budapest statt. Für die ungarischen Delegationsberatungen sind große polizeiliche Vorkehrungen getroffen worden. Ungeheure Polizeimassen halten sich im Parlament und vor dem einzigen Tore auf, durch welches der Eintritt gestattet wird. Die anderen Tore sind gesperrt. Die Opposition wird dasselbe Vorgehen einschlagen, wie bei den letzten Sitzungen in Wien. Da die ausgesperrten Abgeordneten nicht zu den Delegationsberatungen zugelassen werden, wird eine Deputation derselben von der Galerie aus Protest gegen die Beratungen erheben. Die Opposition sagt in einem Communique, daß sie die Delegation nicht als gesetzlich anerkennt, daß dieselbe nicht berechtigt sei, über die auswärtige Politik zu entscheiden und irgend welche Gesetzartikel zu erledigen. Die gefaßten Beschlüsse könnten nicht die königliche Sanktion erhalten, da sie nach ungarischem Gesetz ungesetzlich seien; infolgedessen beschließt die gemeinsame Opposition, von nun an Separatsitzungen zu halten und über die eingereichten Gesetzvorschläge und über die auswärtige Politik separat zu beschließen und dem ungarischen Volke ihre Beschlüsse zu verkünden. — Es ist daher ein Gegenparlament. Dieser Beschluß der Opposition verursacht in Regierungskreisen große Verwirrung, da die Delegation über die auswärtigen Fragen entscheidende Beschlüsse fassen will. Nun tritt die Opposition als Gegenparlament auf, und dadurch verlieren die Beschlüsse der Delegation, welche über die auswärtige Politik gefaßt werden, wieder an Kraft und Gewicht. Die Regierungsblätter bemühen sich auch lebhaft, die Opposition von ihrem Beschlusse abzubringen, und verweisen darauf, daß es jetzt notwendig sei, daß die Völker zusammenhalten, um die Interessengemeinschaft auf dem Balkan zu wahren und der auswärtigen Diplomatie zu imponieren. — Die Opposition weist das Anerbieten zurück und besteht auf ihren Beschlüssen. Infolgedessen wird wahrscheinlich schon am heutigen Mittwoch die erste Sitzung des Gegenparlaments abgehalten werden.

Amerika.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten, die gestern stattfand, hatte eine starke Beteiligung aufzuweisen. Wenn auch das Resultat noch nicht vorliegt, so steht doch auf Grund der bisherigen Ergebnisse fest, daß Wilson gewählt ist. Roosevelt kommt an zweiter, Taft an dritter Stelle.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 6. November.

Eine „Revision" der Friedhofs- und Begräbnisordnung wird demnächst die Lübecker Bürgerschaft beschäftigen. Bereits heute ist die entsprechende Senatsvorlage dem Bürgerausschuß zugegangen. Wer glauben würde, daß diese „Reform" einen Schritt auf dem Wege zur Unentgeltlichkeit der Leichenbestattung bedeutete, der ist schwer im Irrtum. In Lübeck wird auf den meisten Gebieten nach rückwärts reformiert. So bringt denn die Senatsvorlage durchweg nur Verschlechterungen des bisherigen Zustandes. Bei einem flüchtigen Durchsehen entdeckt man folgende wesentliche Neuerungen: Die Ruhezeit wird von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt, für Kinder unter 6 Jahren auf 15 Jahre. Die Größenmaße der Gräber werden verringert. Der Mindestpreis für erbliche Gräber wird von 40 auf 50 Mk. pr. Quadratmeter, der Höchstpreis von 100 auf 300 Mk. erhöht. Der niedrigste Preis für ein Ruhegrab soll anstatt bisher 30 in Zukunft 40, der Höchstpreis 80 Mk. anstatt bisher 60 Mk. betragen. Ein Einzelgrab der Klasse B kostet bisher 10 Mk. nach der „Reform" 15 Mk. Die Gebühren für Herstellung eines Grabes werden verdoppelt und verdreifacht. Auch die Behügelungsgebühr erfährt eine Erhöhung. Eine bedeutsame Neuerung ist es weiter, daß die Bestattungsgebühr nach dem letztjährigen Einkommen des Verstorbenen resp. des Haushaltungsvorstandes bemessen werden soll, und zwar soll sie 2—3 Proz. des Einkommens betragen. Nach oben ist die Gebühr mit 450 Mk., nach unten mit 30 Mk. begrenzt. Wer weniger als 1500 Mk. Einkommen versteuert, muß prozentual eine höhere Bestattungsgebühr entrichten, als der Bemittelte. Die Notwendigkeit der „Reform" wird damit begründet, daß im vorigen Jahre aus Staatsmitteln 30 519,67 Mk. zum Friedhofs- und Begräbniswesen geleistet werden mußten.

Die Toten, die Hunde und die Warenhäuser (nicht zu vergessen der Konsumverein) sollen für den Lübecker Dalles aufkommen. Aber das Vermögen und die großen Einkommen sind zu schonen.

Eine Erhöhung der Hundesteuer beantragt der Senat bei der Lübecker Bürgerschaft. Während bisher in der Stadt für einen Hund jährlich eine Steuer von 15 Mk. entrichtet werden mußte, soll diese Steuer nach dem Vorschlag der Polizeibehörde, dem der Senat beitritt, in Zukunft 25 Mk. betragen. Wenn die Bürgerschaft diesem Antrag zustimmen würde, so wäre damit nur erreicht, daß ein großer Teil der minderbemittelten Hundebesitzer ihren Hund abschaffen müßten, während das Hundehalten zu einem Privileg der besitzenden Leute und der Offiziere würde. Die letzteren haben es allerdings sehr leicht, sich Hunde zu halten, da man sie ganz unbegreiflicherweise und ohne daß sich im Gesetz eine Bestimmung darüber findet, steuerfrei läßt. Auf den Wert des Hundes als Wächter des Hauses usw. soll an dieser Stelle nicht besonders hingewiesen werden. Soviel steht fest: Will der Senat nur eine erhöhte Einnahmequelle aus der Hundesteuer machen, so kann das sehr wohl geschehen, ohne den Ärmeren die Freude am Hunde zu nehmen, nämlich indem man die Hundesteuer nach dem Einkommen der Hundebesitzer staffelt.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand, ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Juskewitz und Denker in der üblichen Weise. Einen warmen Nachruf widmete der Vorsitzende dem verdienten Arbeiterführer Bömelburg, der in Hamburg vor kurzem seinem schweren Leiden erlegen ist. Darauf erhielt Genosse Dr. Schlomer das Wort zu seinem Vortrage über „Wohnungselend und Wohnungsreform": Die mißlichen Wohnungsverhältnisse sind als eine Folge der kapitalistischen Entwicklung anzusehen. Die Großstädte entstanden und verursachten den Zug vom Lande nach der Stadt, so daß heute in Deutschland zwei Drittel der Bevölkerung in den Städten wohnt. Dieser unaufhaltsame Zuzug und die Steigerung der Bodenpreise hat zur Erbauung der Mietskasernen geführt. Die Spekulation trieb die Mieten in die Höhe, trotzdem die Wohnungen schlechter wurden. Schlechte Wohnungsverhältnisse sind aber schädlich für die ganze Entwicklung des Körpers und können als die Ursachen der verbreitesten Volkskrankheiten gelten. Eine gute Wohnung muß erstens reichlich Luft haben. Kellerwohnungen sollten verboten werden. Auch Dachwohnungen sind — namentlich im Sommer — zu verwerfen, nicht nur wegen der großen Hitze, sondern wegen des Treppensteigens, das ungünstig aufs Herz wirkt. Außer dem Parterre sollte jedes Haus nur zwei Etagen haben. Das dritte Stockwerk sei schon zu viel. Als Norm im Wohnungswesen sei nun für die Eltern und Kinder je ein besonderes Schlafzimmer nötig. Und wenn die Kinder größer werden, müsse man sie nach Geschlechtern trennen. Die Vierzimmerwohnung gelte als Normalforderung. Für jeden Erwachsenen wird von unserem Wohnungsgesetz 10 Kbm. Luftraum verlangt und für jedes Kind 5 Kbm. Säuglinge würden nicht gerechnet. Ein Beweis, daß das Wohnungsgesetz ungenügend ist. Redner kritisiert dann die Unsitte des „guten Zimmers", in dem die Plüschmöbel stehen und das nur wenig gebraucht wird. Dies sollte lieber mit als Schlafzimmer Verwendung finden. Weiter weist Redner auf die Schäden hin, die darin liegen, daß die Küche häufig als Hauptwohnort benutzt wird. Die meist verdorbene Luft der Küche sei ungesund. Leider führt der geringe Lohn — namentlich im Winter — immer mehr dazu, die Küche als Mittelpunkt der Arbeiterwohnung zu betrachten. Die Wohnungsreformer empfehlen deshalb Wohnküchen zu bauen, mit einem Aufenthalts- und einem Koch- resp. Abwaschraum. In Lübeck habe man damit noch keine Versuche gemacht und er rate auch davon ab. Auch eine — natürlich peinlich sauber gehaltene Speisekammer sei von größtem Vorteil. Aber das Ideal aller Wohnungspflege sei ein Badezimmer. Leider haben in Lübeck nur 8,7 Prozent aller Wohnungen ein solches. Von großer Wichtigkeit ist auch der Abort, der Luft und Licht haben müsse. Das wären die Grundforderungen, die wir an eine Wohnung zu stellen haben. Wie sind nun diese Bedingungen erfüllt? Nächst Bremen hat Lübeck die besten Wohnverhältnisse in Deutschland, d. h. es kommen die wenigsten Bewohner auf ein Haus. Aber nur zum Teil trifft es zu, daß hier die Wohnverhältnisse günstig sind. In den Gängen und Höfen der inneren Stadt finden wir furchtbares Wohnungselend. Nach der Statistik von 1905 haben nur ein Drittel der Lübecker Einwohner in 4-Zimmerwohnungen gelebt. Die gewöhnliche Wohnung des bessergestellten Arbeiters seien 2 heizbare und ein unheizbares Zimmer. Das zweite Drittel der Einwohner wohnt in solchen Wohnungen. Ein Drittel aber wohnt unter diesen Verhältnissen, in zwei und einem Zimmer. 4000 Menschen haben keine Küche. Nach der Statistik kommt zwar nur Viereinzehntel Person im Durchschnitt auf eine Wohnung. Aber auf der einen Seite haben wir hier für eine Anzahl Einwohner wohl gute, auf der anderen sehr schlechte Wohnungsverhältnisse. Es kommt häufig vor, daß auf zwei Zimmer mehr als elf Personen kommen. In Lübeck müssen 11 Prozent der Bevölkerung in übervölkerten Wohnungen hausen. Das ist namentlich in moralischer Beziehung für die heranwachsende Jugend nachteilig. Kellerwohnungen gibt es noch ½ Prozent; hoffentlich verschwinden sie ganz. Aber die Höhe der Stockwerke hat seit der letzten Statistik erheblich zugenommen. Namentlich am Steinraderweg und in der Lilienstraße sind Mietkasernen entstanden, in denen der alte lübsche Grundsatz — nur eine Familie auf einer Etage — längst nicht mehr gilt. Am schlimmsten sind natürlich die Zustände in der inneren Stadt. Da sind Häuser, die gar nicht zu Wohnzwecken errichtet waren, Speicher usw. zu Arbeiterwohnungen umgebaut worden. Sie sind meist dunkel, nicht durchlüftbar — weil nur nach einer Seite Fenster sind — und eng. Dazu sind noch die Querstraßen selbst so eng, daß die Lage direkt ungesund zu bezeichnen ist. Im Innern findet man ausgetretene, steile Treppen, niedrige Decken, zerfallene Wände. 5000 Menschen müssen in den menschenunwürdigen Löchern ihr Leben fristen. Die Zustände in der inneren Stadt sind also in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung ungenügend. In den Vorstädten finden wir das Mindestmaß, aber eine Tendenz zur Verschlechterung. Dort sehen die Häuser in den Seitenstraßen auch öde und schmucklos aus. Und trotzdem steigen die Mieten fortgesetzt. Seit 1890 bis 1905 durchschnittlich von 189 auf 277 Mark. Das ist in den letzten sieben Jahren noch weit schlimmer geworden. Das Unerhörte kam vor, daß Mieter in 3 Jahren dreimal gesteigert worden sind. Die Bauten ruhen, um Wohnungsknappheit zu erzeugen. Jetzt stehen nur noch 1,7 Prozent aller Wohnungen leer. Lübeck droht also eine Wohnungsnot, so daß eine weitere Verschlechterung Platz greifen wird. Die Ursache liegt in der kapitalistischen Entwicklung. Durch Aufkauf des Bodens und Spekulation werden die Bodenpreise immer mehr in die Höhe getrieben. Das führt zur Mehrung der Mietskasernen. In Gegenden mit niedrigen, resp. Einfamilienhäusern finden wir die billigsten Bodenpreise, in Gegenden mit Mietkasernen die teuersten. Was ist nun zu tun, um zu bessern? Vom Privatbauunternehmer ist nichts zu erwarten. Selbst bauen können die Arbeiter auch nicht gut. Mit Rücksicht auf den freien Arbeitsvertrag ist die Freizügigkeit Bedingung. Noch verkehrter ist es, den Arbeitgeber zum Bau von Arbeiterwohnungen zu treiben. Dann wird das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter noch größer. Am idealsten ist also für uns die genossenschaftliche Selbsthilfe. Entweder Gründung von Baugenossenschaften oder Häuserbau durch den Konsumverein, wie das in Hamburg die „Produktion" mit Erfolg getan hat. Durch die Gründung der „Volksfürsorge" werden auch Gelder zum Häuserbau zusammengebracht. Wir haben ja in Lübeck den gemeinnützigen Bauverein, der auch auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungswesens etwas getan hat. Durch den Ausbau des Straßenbahnnetzes sind auch die Verkehrsverhältnisse verbessert worden. Aber es fehlt jedoch an dem Ausbau des Arbeiterkartensystems. Es bleibt noch ein anderes Mittel: Erwerbung von Grund und Boden durch die Stadt. Lübeck hat da viel getan. Empfehlenswert wäre die Einführung des Erbbaurechtes, oder Ueberlassung des Bodens zum Wiederkaufsrecht. Die Stadt könnte da die Bedingungen zum Bau vorschreiben. Oder die Stadt muß selbst Häuser bauen. Jedenfalls müssen wir dahin wirken, daß das Haus nicht gebaut wird, um Profit abzuwerfen, sondern damit das Volk gesund darin wohnt. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprachen die Genossen Eisermann, Grevesmühl und Natzke meist im Sinne des Referenten. Hierauf nahm Genosse Stelling zu längeren Ausführungen über Bildungsfragen das Wort. Er führte etwa aus: In weiten Kreisen der Arbeiterschaft habe man erkannt, wie mangelhaft die deutsche Volksschulbildung ist und energische Schritte unternommen, die Lücken durch eigene Bildungsinstitutionen nachzufüllen. Wir haben hier schon Gelegenheit gehabt, durch die Genossen Rühle und Dr. Duncker Vortragskurse zu hören. Wir hätten leider nicht den Vorzug, wie die Universitätsstädte, wo Studenten Volksunterricht geben. In den kleinen Städten sei es noch schlimmer bestellt als hier. Deshalb sei auch die Gründung des Bezirksbildungsausschusses erfolgt. Es komme nun darauf an, alle organisierten Arbeiter von der Wichtigkeit der Bildungsbestrebungen zu überzeugen, damit sie im Kampfe mit den Gegnern ihren Mann stehen. Es kann aber nicht nur auf Wissenschaft ankommen, sondern auch auf die Kunst müssen wir Wert legen. Und da seien wir, was den Zweig Theater anbetrifft, völlig auf der Höhe. Leider seien bei den hiesigen Verhältnissen nicht alle unsere Wünsche zu realisieren. Aber Entgegenkommen haben wir schon gefunden. Leider sind bis jetzt trotz aller Mahnungen, pünktlich im Theater zu erscheinen, immer noch Nachzügler gekommen. Das sei außerordentlich beschämend. Künftig würde bei offener Bühne niemand mehr eingelassen. Er müsse dann bis zum Aktschluß warten. Auch das Sprechen und Räuspern sei zu unterlassen. Nächstens würde ein Liederabend stattfinden, an dem eine Berliner Sängerin auftritt. Außerdem würde dieses Jahr wieder eine Wandschmuck- und Jugendschriften-Ausstellung stattfinden. Kaufzwang besteht nicht. Mit einem Wort Lassalles schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Beim Punkt Verschiedenes erinnert die Genossin Schlomer an den Hausangestelltenverband, der jetzt Wahmstraße 58 I seinen Sitz hat. Alle Arbeiter sollten ihre Töchter, die im Hauswesen beschäftigt sind, diesem zuführen. Genosse Bromme forderte auf, die bestellten Parteitagsprotokolle recht bald abzuholen. Hierauf erfolgte Schluß gegen 11 Uhr.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Oktober auf 1163 (1094), die der Besucher auf 1301 (1200). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 138 Personen. Mithin sind im Monat Oktbr. **1025** (962) **neue Fälle** bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1320 (1174), darunter nach auswärts schriftlich 42 (30). Von den Besuchern waren organisiert 606 (597) Personen, und zwar gewerkschaftlich 387, politisch 32, gewerkschaftlich und politisch 187. Unter den verbleibenden 695 Nichtorganisierten befinden sich 274 Angehörige von Organisierten und 31 (31) Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 855 (758) männlich, 415 (417) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1145 (1043); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 125 (132); Vereine, Organisationen und Behörden 31 (25). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1005 (891) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 95 (98), Oldenburg 108 (83), Mecklenburg 44 (51), Preußen 43 (49), und sonstwo 6 (8). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 243 (221), Arbeits- und Dienstvertrag 224 (246), bürgerliches Recht 549 (454), Strafrecht 98 (126), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 109 (94), Arbeiterbewegung 10 (3), Privatversicherung 20 (9), Handels- u. Gewerbesachen 15 (10), Verschiedenes 10 (11). Von den Auskünften machten 237 (235) die Anfertigung von 267 (362) Schriftsätzen erforlich; außerdem gingen aus 34 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 344 (219) Postsendungen. Der 22. Oktbr. zeigte mit 66 (64) die höchste, der 5. Oktober mit 20 (36) die niedrigste Besucherzahl.

Arbeiterrisiko. Sonnabend nachmittag verunglückte auf dem Holzlagerplatz der Firma Emil Meier, Wallstraße, der Arbeiter Mayborg dadurch, daß ihm ein Posten Bretter auf den Körper fiel. M. trug schwere Kopfverletzungen und einen Oberschenkelbruch davon. Er mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

Die erste Hundeschlachtung soll, wie uns berichtet wird, am Montag im hiesigen Schlachthofe vorgenommen worden sein. Bisher hat man allerdings noch keine Bekanntmachung lesen können, in der Hundefleisch als Volksnahrungsmittel der Lübecker Bevölkerung empfohlen wurde.

Das Schwurgericht verurteilte heute den finnischen Matrosen Morgin wegen Uebertretung zu 4 Wochen Haft. Er war wegen versuchten Totschlags angeklagt. Dieses Verbrechen konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden. (Näherer Bericht folgt.)

Die beiden Verbrecher Landherr und Scholz, die den Raubmord auf der Travemünder Chaussee auf dem Gewissen haben, müssen sich am kommenden Donnerstag, dem 14. November, vor den Geschworenen verantworten.

Handelsregister. Am 4. November 1912 ist eingetragen: 1. bei der Firma J. J. C. Lau in Lübeck: Der Kaufmann K. H. W. Lau in Lübeck ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch begründete Offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1912 begonnen. Die Prokura des K. H. W. Lau ist erloschen; 2. bei der Firma Ferd. Kayser in Lübeck: Die Prokura des Fräulein B. Hering und diejenige des P. Fröhling, beide in Lübeck, ist erloschen; 3. bei der Firma Kayserwerke Lübeck Kayser u. Co. in Lübeck: Die Prokura der Bertha Hering in Lübeck ist erloschen. Am 4. November 1912 ist eingetragen bei der Firma: Hochofenwerk Lübeck, Aktiengesellschaft in Lübeck: Der Hüttendirektor E. Werzner in Hochdahl und der Kaufmann F. A. C. Scharbau in Herrenwyk sind aus dem Vorstand ausgeschieden.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Bei der heutigen „Autoliebchen"-Aufführung wird der so viel ehrliche Heiterkeit auslösende Twosteptanz des ersten Aktes zum Schluß des dritten als Einlage wiederholt werden, wie es an den meisten Operettenbühnen mit Erfolg zur Steigerung der fröhlichen Operettenstimmung geübt wird.

Travemünde. Ein Einbruch in der Villa Mira Maris in der Kaiserallee ist gestern entdeckt worden. Der oder die Einbrecher sind seitlich durch ein Fenster, dessen untere Scheibe eingedrückt worden ist, eingestiegen und haben dann sämtliche Türen der Schränke mit Gewalt aufgebrochen. Im Schreibtisch lagen die Schlüssel. Diese sind überall probiert worden, denn dieselben lagen in allen Zimmern verstreut. Eine große Truhe mit Eisenblech von innen ausgeschlagen, eine sogen. Seekiste, war auch mit Gewalt aufgebrochen. Ein abgedrehter Schlüssel lag nebenbei. Die ganzen Sachen sind ausgepackt, aber nichts zerschlagen. Viele silberne Tabletts, silberne Löffel, Messer, Gabeln, chinesisches Porzellan, Pappschachteln mit Glasdeckel und drinnen ganz sonderbare kleine Löffel mit chinesischen Zeichen, Briefe, Wäsche, Album liegen durcheinander auf der Diele verstreut. Diese wertvollen Sachen sind liegen geblieben. In dem Zimmer, in dem der Schreibtisch erbrochen wurde, fand man ein Beil, dessen Stiel abgebrochen war, und nach kurzem Suchen auf einem Schrank mit viel weißer Wäsche den Stiel. Mit diesem Beil ist gearbeitet worden. Von der Wäsche ist anscheinend nichts fortgenommen. Betten sollen aber fehlen. Im übrigen soll erst festgestellt werden, was alles fehlt.

Wilhelmsburg. Ein Schulkind von einem Automobil überfahren und getötet. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag mittag 1 Uhr auf der Harburger Chaussee in Wilhelmsburg. Zwischen dem Gaswerk und dem Kirchenweg hatten drei Schulknaben, die auf dem Heimwege waren, sich hinten an einen von Harburg kommenden Geschäftswagen des Warenhauses Horvitz gehängt. Als ein aus derselben Richtung heranfahrendes Automobil den Wagen überholen wollte, sprang der siebenjährige Sohn Hans des Arbeiters Rautenberg von dem Wagen ab und lief direkt vor das Automobil. Der Führer des Automobils konnte nicht mehr stoppen und so ging der schwere Wagen über den Körper des Kindes hinweg. Die Verletzungen waren so schwer, daß das Kind nur mehr als Leiche unter dem Auto hervorgeholt werden konnte.

Plau. Ein bedeutender Münzfund ist kürzlich in Retzow gemacht worden. Wie wir hören, handelt es sich um etwa 5000 Stück Münzen im Gewicht von etwa 25 Pfund. Bei der Herbstbestellung des Ackers wurden von den Knechten die mit den Pflügen ziemlich tief griffen, eine Anzahl Topfscherben und mehrere kleine, dünne Münzen herausgepflügt. Bei weiteren Nachforschungen wurden dann noch zwei irdene Töpfe ans Tageslicht gefördert, die beide bis obenhin mit Münzen gefüllt waren. Das Metall besteht aus einer Mischung von Silber und Kupfer. Die Prägungen sind sehr verschieden; auf einigen Münzen erblickt man eine männliche Figur mit Krummstab, andere Münzen zeigen eine Hand mit gespreizten Fingern, wieder andere einen Schützen mit einem Pfeil in der Hand. Anscheinend entstammen die Fundstücke dem 14. Jahrhundert. Eine kleine Anzahl der Münzen ist dem Kgl. Münzkabinett in Berlin übersandt worden. — Ein der vierten Periode der Bronzezeit, dem 11. bis 10. vorchristlichen Jahrhundert angehörendes Hünengrab ist bei Gielsdorfer Mühle aufgedeckt worden. Das Grab besteht aus einer 12 bis 15 Meter großen Steinsetzung kopfgroßer und größerer Steine. Im Innern lagen, geschützt durch einen sehr großen Stein, zwei doppelkonische Urnen mit den Resten von zwei verbrannten Leichen Erwachsener. Die eine Urne stand noch in einem größeren Gefäß, das mit einem tellerartigen Deckel versehen war. Neben den Urnen wurden noch 15 Stück kleinere, verschieden geformte Bleigefäße gefunden.

Rostock. Die Rostocker Bürgervertretung an den Deutschen Reichstag. Der Sitzung der Bürgervertretung am Montag lag auch die von dem Liberalen Verein an den Reichstag gesandte Verfassungspetition als Eingabe vor. Die Bürgervertretung beschloß, ihrerseits eine Eingabe an den Reichstag zu senden, worin um Berücksichtigung bezw. Annahme der Petitionen und der Fraktionsanträge, betreffend Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Zusammensetzung des Landtages in Mecklenburg gebeten wird. Bv. Dr. Tobias hatte eingehend die Notwendigkeit hierfür dargelegt. Für die sozialdemokratische Fraktion hatte Genosse Starosson die Ausführungen des Vorredners unterstützt.

Bremen. Von einem Tiger schwer verletzt. Der Wärter einer hier weilenden Menagerie wurde Montag nachmittag, als er dicht an dem Käfig des Tigers vorüberging, von diesem mit den Krallen durch das Gitter am Oberschenkel und Unterleib erfaßt und erheblich verletzt. Der zufällig in der Nähe befindliche Tierbändiger sprang dem Wärter sofort zur Hilfe, und es gelang ihm auch, die wütende Bestie zurückzutreiben. Der verletzte Wärter wurde von der Sanitätswache verbunden und nach dem Vereinskrankenhause gebracht.

Oldenburger Landtag.

Am Dienstag, dem 5. November, trat der 32. Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Alterspräsident, Abg. Henn, eröffnete die Sitzung und gedachte des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Driever, der infolge seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes sein Mandat niedergelegt hatte. Der Alterspräsident wünscht dem Landtage eine unparteiliche Tätigkeit zum Wohle des Landes und schloß mit einem „Das walte Gott!" — Hierauf erklärte Finanzminister Rustrath den Landtag im Namen des Großherzogs für eröffnet, worauf der Alterspräsident das übliche Hoch auf den Großherzog ausbrachte, in das die bürgerlichen Abgeordneten einstimmten. Der Landtag trat dann in die Prüfung der Wahl des Abg. Peckeler-Elisabethfehn ein und beschloß, die Wahl nicht zu beanstanden. — Zum Präsidenten wurde Abg. Schröder gewählt, der auch im vorigen Landtag dies Amt inne hatte; Vizepräsident wurde Abg. Tantzen-Stollham. — Abg. Feldhus gedachte des Umstandes, daß der Präsident Abg. Schröder nunmehr 25 Jahre ununterbrochen dem Landtage angehört hat und bittet, sich zu Ehren desselben zu erheben, was geschieht. — Es folgt alsdann die Verteilung der Vorlagen. Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Tantzen-Rodenkirchen über die Verzögerung des Bahnhofsumbaues und eine Teuerungs-Interpellation, sowie eine solche des Abg. Müller-Brake über die Überfüllung der höheren Schulen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Heilanstalt Strecknitz.

Fernsprecher 22 und 394.
Briefe in Anstaltsangelegenheiten sind an die Direktion zu richten.
Geschäftszeit alltags von 9—1 Uhr morgens und 3—7 Uhr nachmittags.
Sprechstunde der Aerzte Montag und Donnerstag von 3—4 Uhr.
Besuchszeit für die Kranken Sonntag nachmittags von 3—4 Uhr.
4750) **Die Direktion.**

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

4745977

Hasenfelle

Kanin, Fuchs, Marder, Iltis usw.

Pferdehaare

Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

Weißkohl, kl. Kartoffeln zum gr. Kohl, Jackett für 12—14 jähr., billig zu verk. (4742) Schützenstr. 60, part.

Feinste 2. Sorte

Meiereibutter

pro Pfd. **1.30 Mk.**

Gute Kochbutter

pro Pfd. **1.25 Mk.**

Brat-Butter

pro Pfd. **1.20 Mk.**

4764) empfiehlt

Th. Storm Nachfl.
Telephon 473. Königstr. 98.

Gesangverein „Liedesluft"

Folgende Nummern wurden bei der Tombola-Ziehung am 5. November 1912 mit Gewinnen gezogen:

7	15	66	69	109	131
164	186	195	230	288	304
312	315	363	413	420	448
497	518	534	550	572	590
596	609	624	627	632	638
640	642	662	663	669	671
672	692	712	739	763	770
802	812	822	833	848	867
896	908	922	925	935	947
952	953	968	969	981	1001
1118	1146	1165	1174	1242	1267
1275	1329	1397	1417	1460	1493
1554	1573	1616	1672	1675	1686
1703	1711	1816	1829	1868	1955
2000					

Die Gewinne können am Mittwoch, dem 6. und Donnerstag, dem 7. November, abends von 6 bis 8½ Uhr, im **„Konzerthaus Friedrichshof"** abgeholt werden, später bei **Hinrichs, Segebergstraße 11.**

Gewinne, die bis zum 25. November nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.

4758) **Der Vorstand.**

Sparklub „Hansakrug".

(4757

Donnerstag, den 7. November:
Letzte Versammlung.

Zentralverband der

Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 7. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht und Bericht von der Vorständekonferenz.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
4754) **Der Vorstand.**

Aufsehen erregt die Einführung von Ragoda.

Zur schnellen Einführung von Ragoda-Schnellwaschmittel geben wir um nämlich die großen Reklamekosten zu sparen gratis und franko gegen Einsendung der Gutscheine von 15 Pfd. bis 1. April 1913 (bis Ende 1913 dann nur noch auf 30 Pfd.) wertvolle Geschenke z. B.:

1 echt silbernes Kollier gest. 800/1000 mit echten Steinen, hochfein, also echt Silber mit echten Steinen, verschiedene Muster und was kostet solcher Wertgegenstand in den Läden? Das Kollier wird nicht mitbezahlt, sondern extra geschenkt. Man hält es kaum für möglich, aber wir machen es, um Ragoda dadurch schneller einzuführen. Ragoda ist unübertroffen und gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nachweislich als bestes Waschmittel. Ein Versuch überzeugt. 1 Pfd. kostet nur 55 Pfg. Ueberall zu haben.

Schumann & Wille, Wittenberge. (4745

Ich kenn' die Sache ganz genau:
Palmona sie ersetzt fürwahr
Die beste Butter ganz und gar,
Dafür ist sie in Stadt und Land
Bei Arm und Reich bereits bekannt.
Und selbst der allerschwächste Magen
Er kann Palmona wohl vertragen.
Drum ich als Arzt, ich sage frei:
Palmona oder Butter? – Einerlei!

H. Schlinck & Cie A.-G.
Hamburg
Alleinige Producenten von
Palmin-Pflanzenfett
Palmona-Pflanzen-Butter-Margarine

IVO PUHONNY

4890

Cocosa

feinste

Pflanzen-Butter

MARGARINE

Unübertroffen bestes Butter-Ersatzmittel der Gegenwart. Wohlschmeckend nahrhaft und bekömmlich. — Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten: Holl. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.)

GIP

51

Hausdiener u. Fensterputzer

Die Versammlung findet am Donnerstag, dem 7. November nicht statt.

4747) **Der Vorstand.**

Verkauf lebender Butt

4752 vom Boote aus

am Donnerstag, d. 7. November ds. Js.

von vormittags 8 Uhr ab an der

Holstenbrücke.

Zentral-Hallen

Dankwartsgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

Anfang 8 Uhr.
103) Ende 12 Uhr.

Gasthof Kl.-Mühlen.

Sonntag, den 10. November:

Große Tanzmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein
4746) **Otto Evers.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Versammlung

am Donnerstag, 7. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
4759) **Der Vorstand.**

Robert Mihrs Restaurant

Moisling, Allee 57a, Ecke Lilienstr.

Großes Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard
am Sonntag, dem 10. November.

Anfang 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
4763) **Robert Mihr.**

Arbeiter-Bildungsverein

Vortragszyklus.

Die Stunde am morgigen Donnerstag fällt aus. Nächste Stunde am 14. November.
4756) **Der Vorstand.**

Vorträge der Oberschulbehörde.

III.

Dr. Hoffmann, Privatdozent in Kiel:
Die heutigen Kolonialreiche

4 Vorträge: **Donnerstag, den 7., 14., 21. und 28. November 1912** in der **Aula der Ernestinenschule,** abends 8¾ Uhr.

Eintrittskarten zum Preise von Mk. 1,— sind in den bekannten Stellen und außerdem an den Vortragsabenden in der Ernestinenschule zu haben. (4751

Hansa-Theater

Ab **Freitag,** d. 1. Novbr.
8½ Uhr. 8½ Uhr.
Gastspiel

Lotte Sarrow

Die Ehebrecherin

sowie 10 neue Spezialitäten.
Vorzugskarten nur wochentags gültig.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.
(4760

Ab 11 Uhr: Kabarett
bei freiem Eintritt.
Auftreten erster Kräfte.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 7. November:
45. Vorst. i. Voll-Ab. 8. V. i. Donnt.-Ab.
Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lohengrin.
Oper von Richard Wagner
mit Frl. **Lisbeth Boll-Berlin a. G.**
Große Preise. (4749

Freitag, den 8. November:
46. Vorst. i. Voll-Ab. 8. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Große Preise.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 261. Mittwoch, den 6. November 1912. 19. Jahrg.

Neun agrarische Lügen über die Fleischnot — Die Wahrheit über die Fleischteuerung!

Im Flugblatt-Stil verbreiten jetzt die Organe des Bundes der Landwirte eine „gründliche Widerlegung der angeblichen Fleischnot“, sie ist „Die Fleischteuerungsagitation im Lichte der Statistik“ betitelt. Wenn die Organisation der Berufsschreiber mit dem Lichte der Statistik umgeht, ist es ohnehin schon gefährlich, eine Widerlegung der agrarischen Flugblattschwindelei ist diesmal aber besonders auch deswegen notwendig, weil man sich nicht gescheut hat, mit Marx und Engels gegen die Bauern und die Fleischnot zu operieren.

Der Bund der Landwirte behauptet:

Erstens, daß die deutsche Fleischproduktion einmal mit dem Bevölkerungswachstum durchaus Schritt zu halten und zum anderen auch die Durchschnittsverbrauchsquote an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung zu heben vermocht habe. Lassen wir uns garnicht erst auf die langatmigen „Beweise“ dazu ein, sondern stellen wir einfach das agrarische Licht der Statistik der amtlichen Statistik gegenüber. Die letztere stammt aus dem „Reichsanzeiger“, erschien vor noch nicht vier Wochen und stellt die Endresultate durchaus objektiv und in den Grundlagen ebenso zusammen, wie der Vorstand des Bundes der Landwirte bei seiner Lügenflugschrift. Es ergibt sich folgendes Bild:

	lügnerisches Bild des Bundes der Landwirte	exaktes Bild der amtl. Statistik
über den Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 1904—1911		
1904	51,87 kg	52,05 kg
1906	49,34 „	50 53 „
1908	53,07 „	53,28 „
1910	52,37 „	51,94 „
1911	54,18 „	—

Komisch: die agrarische Statistik zeigt 1904, als die amtliche hohen Fleischverbrauch aufwies, auffallend niedrigen, um 1908 decken sich die beiden Zusammenstellungen, 1910 schon, und 1911 noch mehr, ist die agrarische gestiegen, die amtliche — sie reicht leider nur erst bis 1910 — dagegen nicht!

Aber wenn schon die agrarische Rechnung von der Zunahme des Fleischverbrauches gegenüber 1904 richtig wäre, was bedeuten etwas über sechs Gramm täglicher Mehrverbrauch pro Kopf eigentlich? Ist damit das Volk schon satt geworden, hat es damit genug Fleisch, genug Eiweißstoffe, um seinen Körper gesund zu erhalten?

Zweitens: daß sich die Viehpreise und Fleischpreise durchaus nicht immer parallel miteinander bewegt haben. Das ist schon richtig. Fleischwucher wird ja nicht nur von den Viehzüchtern, sondern auch vom Großhandel und nicht zuletzt auch vom Schlächter getrieben. Wir sind sehr einverstanden damit, daß die Agrarier ihr Vieh direkt an die Städte, an alle Kommunen verkaufen — wir sind nur neugierig, ob die Agrarier im Ernstfall und für die Dauer ohne die braven, guten, lieben und vaterlandstreuen Mittelstandsfleischer auskommen wollten!

Drittens: daß die deutschen Grenzen ja eigentlich garnicht gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch hermetisch gesperrt seien. Was es damit auf sich hat, zeigt schon die eine Behauptung, daß „für zubereitetes Fleisch überhaupt keine Einfuhrsperre besteht“. Im Fleischbeschaugesetz von 1900 steht aber: „frisches Fleisch darf nur in ganzen Tierkörpern eingeführt werden .... Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen (also doch zubereitetes Fleisch!), von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten!“ Die Flugblatterzählung des Bundes der Landwirte ist also eine faustdicke Lüge!!

Viertens: daß ein energischer Schutz der deutschen Viehbestände notwendig sei, und deswegen kein Auslandsfleisch herein dürfe. Dr. Mueller, ein eingefleischter schlesischer Agrarier, der mit dem Bund der Landwirte im allgemeinen in seinem kürzlich erschienenen Buche „Fleischeinfuhr?“ durchaus einer Meinung ist, stellt fest, daß das englische Fleisch, trotz der Einfuhr von argentinischer „Konkurrenz“ dauernd viel höher bezahlt werde und stets höher bezahlt worden sei. Und dies nicht wegen seiner besseren Qualität, sondern weil es durch zahlungsfähigere Bevölkerungskreise konsumiert werde. Die Agrarier sind aber in Deutschland auch dagegen, daß der Arbeiter sich satt ißt!

Fünftens: daß die Zölle die jetzigen hohen Preise nicht verschuldet hätten. Das hat auch noch niemand behauptet. Daß sie aber mit an der Fleischteuerung schuldig sind, steht fest. Der Bund der Landwirte vergißt nur bei der Feststellung des „niedrigen“ Fleisch- und Viehzolles, daß auch die Zölle auf Futtermittel und viele andere Zölle auf die Preise des Viehes und damit auch des Fleisches einwirken.

Sechstens: daß die Lebensmittelteuerung eine internationale sei. Das hat noch niemand bestritten! Es ist nur ein Unterschied, ob bei teueren Lebensmitteln ein Staat, wie z. B. England, den größten Teil seiner Staatseinnahmen aus direkten Steuern, im besonderen Erbschaftssteuern und ähnlichem, oder ob ein Staat, wie z. B. Deutschland, das letzte Streichholz versteuert, um seine Riesenausgaben zu decken. Davon schweigt die Feststellungsserie des Bundes der Landwirte!

Siebentens: daß die Löhne höher gestiegen seien als die Nahrungsmittelpreise. Das erste agrarische Eingeständnis. Nach der Krupp entnommenen Statistik stieg in der Zeit von 1871 bis 1911 Speck von 100 auf 120,4, Rindfleisch von 100 auf 136,4; Kalbfleisch von 100 auf 173,9; Schweinefleisch von 100 auf 133; Kartoffeln fielen von 100 auf 92,5; Schwarzbrot stieg im Preise von 100 auf 103,6. Demgegenüber seien die Kruppschen Löhne in der gleichen Zeit von 100 auf 184 gestiegen. Einmal hat Krupp hier alle Vorarbeiter usw. usw. in seine Statistik hineingenommen, die Steigerung der Löhne ist also zu hoch. Die Kruppschen Nahrungsmittelpreise sind aber in der Konsumgenossenschaft erzielte und reichen damit lange nicht an die im allgemeinen gezahlten heran. So treibt der Bund der Landwirte Statistik!

Achtens: daß es den englischen Arbeitern schlechter gehe als uns. Das haben wir eben unter Punkt 6 widerlegt. Man wolle durch den „Fleischnotrummel“ nur den Kleinbauer ruinieren, wie schon Engels in Marx Kapital, Band 3, 2. Teil, Seite 259/260 gesagt habe. Engels hat aber an dieser Stelle das gerade Gegenteil davon gesagt: daß es „glücklicherweise“ noch nicht so weit gekommen sei! So schuftig ist der Bund der Landwirte! So versucht er die Väter der Arbeiterbewegung mit Schmutz zu bewerfen! Aber diese Beschimpfung reicht an die Verachtung, die wir für solche Lumpenpolitik und Wissenschaft hegen noch nicht einmal heran, wird sie nie erreichen!

Neuntens: daß eine „gewisse Steigerung der Viehpreise berechtigt sei“. Dies glaubt der Bund der Landwirte — welche Ironie — in erster Linie mit den gestiegenen Arbeiterlöhnen begründen zu können. Ja, die selige Zeit, da man die Hörigen die Arbeit der Herren umsonst machen lassen konnte, sind wirklich vorbei! Wer ruft denn Tag um Tag Tausende von billigsten ausländischen Arbeitskräften nach Deutschland herein, um jeder, und auch der geringsten Lohnerhöhung zu entgehen? Das sind doch dieselben Junker, die als Mitglieder des Bundes der Landwirte die gestiegenen Arbeitslöhne als Beweis für die Notwendigkeit steigender Viehpreise herbeizerren! Mit solchen „Wahrheiten“ und „Beweisen“ ists ebenso weit her, wie mit dem patriotischen Zähneklappern, daß wir uns für den Kriegsfall vorbereiten müßten. Im Kriegsfalle müsse ein Land sich allein mit Nahrung versorgen können, wenn es nicht verlieren wolle. Es gibt heute aber auf der ganzen Welt kein Land, daß nicht in vitalsten Lebensbedürfnissen auf andere Länder angewiesen sei! Also auch hier wieder nichts weiter wie fauler Schwindel! Überdies kann sich Deutschland seit Jahrzehnten auch nicht mehr allein von seinem einheimischen Getreide ernähren, und trotzdem verkaufen die Agrarier gegen den Extraprofit der Einfuhrscheine nach wie vor, ja von Jahr zu Jahr immer mehr Getreide nach dem Auslande!

Punkt 1 bis 9: es sind alles Lügen, verdrehte Tatsachen, falsche Zitate und heuchlerische Behauptungen, so sieht es mit dem — hohe Viehpreise liebenden — deutschen Patriotismus der Großjunker aus!

Die Teuerung.

Die vom Reichskanzler im preußischen Abgeordnetenhause in Aussicht gestellte Kommission zur Beratung der Teuerungsverhältnisse soll nach einer Meldung der „Neuen politischen Correspondenz“ noch in diesem Monat zusammentreten. Sie wird sich aus Vertretern der Wissenschaft und Statistik, der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Viehhandels, der Kommissionäre des Fleischgewerbes, der Schlachthofdirektoren, sowie aus Vertretern der Kommunalverwaltungen zusammensetzen. Die Verhandlungen sollen im kontradiktorischen Verfahren stattfinden; es werden dazu eine große Zahl von Sachverständigen aus den verschiedensten Kreisen und Gebieten herangezogen werden, wegen deren Benennung die Reichsverwaltung mit den Regierungen und den interessierten Verbänden bereits in Verbindung getreten ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr ungehalten über die Veröffentlichung und die Kritik des Angebots des Pommerschen Viehverwertungsverbandes, der Stadt Berlin wöchentlich 1200 Schweine im Gewicht von 100—120 Kilo lebend zum Preise von 66 Mk. per 50 Kg. Lebendgewicht abzüglich 20 v. H. Tara frei Viehhofsrampe Berlin zu liefern, wenn der Magistrat hierüber einen Vertrag auf fünf Jahre abschließt. Das Blatt bemüht sich, nicht nur die Veröffentlichung als Vertrauensbruch irgend eines Magistratsbeamten hinzustellen, sondern auch die Feststellung, daß das Angebot zu hoch ist, abzuschwächen. Das Angebot lehnte die Stadt Berlin, wie wir bereits mitteilten, ab, weil es bis zu 19,55 Mk. höher ist, als der Ber-

Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(4. Fortsetzung.)

Ihr schaut mich mit den schönen Augen seltsam an, Jungfrau —aber Ihr werdet, wenn Ihr länger hier bleibt, schon auch etwas lernen; denn Eure Augen sind schön und klug. In allem hier ist Sinn und Empfindung; der Stein selber legt sich um seinen Schwesterstein und hält ihn fest, alles schiebt und drängt sich, alles spricht, alles erzählt und nur der Mensch erschaudert, wenn ihm einmal ein Wort vernehmlich wird. — Aber er soll nur warten, und da wird er sehen, wie es doch nur lauter liebe gute Worte sind.“ — —

Johanna sah mit unverhohlenem Erstaunen in das Antlitz des alten Waldsohnes und es begann ihr ordentlich immer schöner zu werden. Man war mittlerweile wieder ins Tal zu einem rauschenden springenden Bach gekommen und Gregor mußte sein Gespräch abbrechen, weil er hier wieder Anordnungen behufs des Weitergehens zu treffen hatte.

„Vater, Vater,“ sagte Johanna leise, „welch einen seltsamen Menschen habt Ihr uns hier beigegeben!“

„Kind, dies ist ein Kleinod der Wüste,“ erwiderte der Vater, „niemand weiß dies weniger, als er selber; du wirst oft auf seine Worte horchen wie auf Klänge silberner Glocken, du wirst von ihnen vieles lernen — und er wird euch eine Stimme der Wüste sein, wenn ihr fern von der Heimat in der Einsamkeit leben müßt. Wir haben vor Jahren manche Tage miteinander verlebt, damals war er kühner und feuriger, aber die wunderlichen Gedanken seines Herzens spannen sich schon damals, wie ein seltsamer ausländischer Frühling, aus ihm heraus, und wenn wir so oft einen langen Nachmittag miteinander allein zu einem fernen Jagdzuge gingen, und er zutraulich wurde, und das Band seiner Reden und Phantasien löste, so warf er Blüten und Bäume, Sonne und Wolken durcheinander, und abenteuerlich Glauben und Grübeln, daß es mir oft nicht anders war, als würde aus einem alten schönen Dichtungsbuche vorgelesen. Manche höhnten ihn, und gegen diese verschloß er wie mit Felsen den Quell seiner Rede, aber ich habe ihn jederzeit geliebt und er mich auch. Er war es, der mir einst den schönen, einsamen Platz zeigte, zu dem wir eben auf der Wanderung sind, und den vielleicht kein Mensch weiß, und er ist es auch, der nicht um Geld und Geldeswert, sondern ebenfalls aus alter Liebe zu mir, und neuer zu euch, wenn ihr sie nicht verscherzet, sich entschlossen hat, die Zeit eures Waldaufenthaltes bei euch zu wohnen, um mit dem Reichtume seiner Erfahrungen zu eurem Schutze behilflich zu sein.“

Der Gegenstand, von dem die Rede war, trat indessen wieder hervor, als ziehe es ihn zu der Gegenwart der lieblichen Wesen, die ihm anvertraut werden sollten. Der Bach, an dem man jetzt entlang und ihm entgegenstieg, war nicht das klare Waldwasser aus dem Tale der Hirschberge, sondern ein wild einherstürzender schäumender Bergbach mit goldbraunem durchsichtigen Wasser. Man ging immer an seinen Ufern, und die Männer mit der Sänfte stiegen rüstig von Stein auf Stein, wie sie so weiß auf dem schwarzmoorigen Grunde umherlagen, von dem Wasser geschlemmt und gebleicht. Das Land hob sich sanft der blauen Waldwand entgegen, auf die Gregor gezeigt hatte. Man eilte sichtlich; denn am Rande der Wand, die, wie man ihr näher kam, immer größer und kühler emporstieg, spielten schon die Strahlen der Abendsonne in breiten Strömen herein und legten einen mattroten Goldschein weithin auf die gegenüberliegenden Waldlehnen. Am kühlblauen Osthimmel wartete schon der Halbmond. Der Boden fing an, sehr merklich emporzusteigen und wilder und wilder zu werden. Manch zerrissener Baumstamm stand an ihrem Wege — mancher Klotz war in das Wirrsal der Ranken und Schlingkräuter geschleudert, um dort zu vermodern, oder auch öfters kamen sie zwischen manneshohen Farnkräutern durch, oder Himbeergesträuchen, die oft mit Beeren bedeckt waren, von ferne zu sehen, als hätte man ein rotes Tuch über sie gebreitet.

Da sie gelegentlich wieder an einer Espe vorüberkamen, deren Blätter, obwohl sich kein Hauch im ganzen Walde rührte, dennoch alle unaufhörlich zitterten, so sagte Clarissa zu dem Alten, wenn er die Zeichen und die Sprache der Wälder kenne und erforsche, so wisse er vielleicht auch, warum denn gerade dieser Baum nie zu einer Ruhe gelangen könne und seine Blätter immer taumeln und baumeln müssen.

„Es sind da zwei Meinungen,“ entgegnete er; „ich will sie euch beide sagen. Meine Großmutter, als ich noch ein kleiner Knabe war, erzählte mir, daß, als noch der Herr auf Erden wandelte, sich alle Bäume vor ihm beugten, nur die Espe nicht, darum wurde sie gestraft mit ewiger Unruhe, daß sie bei jedem Windhauche erschrickt und zittert, wie jener ewige Jude, der nie rasten kann, so daß die Enkel und Urenkel jenes übermütigen Baumes in alle Welt gestreut sind, ein zaghaft Geschlecht, ewig bebend und flüsternd in der übrigen Ruhe der Einsamkeit der Wälder. Darum schaute ich als Knabe jenen gestraften Baum immer mit einer Art Scheu an und seine ewige Unruhe war mir wie Pein. Aber einmal, es war Pfingstsonntags nachmittags vor einem Gewitter, sah ich (ich war schon ein erwachsener Mann) einen ungemein großen Baum dieser Art auf einer sonnigen Waldblöße stehen und alle seine Blätter standen stille; sie waren so ruhig, so grauenhaft unbeweglich, als wären sie in die Luft eingemauert und sie selber zu festem Glase erstarrt — es war auch im ganzen Walde kein Lüftchen zu spüren und keine Vogelstimme zu hören, nur das Gesumme der Waldfliegen ging um die sonnenheißen Baumstämme herum. Da sah ich mir denn verwundert den Baum an, und wie er mir seine glatten Blätter wie Herzen entgegenstreckte, auf den dünnen, langen, schwanken Stielen, so kam mir mit eins ein anderer Gedanke: wenn alle Bäume, dacht' ich, sich vor dem Herrn geneigt haben, so tat es gewiß auch dieser und seine Brüder; denn alle sind seine Geschöpfe und in den Gewächsen der Erde ist kein Trotz und Laster, wie in den Menschen, sondern sie folgen einfältig den Gesetzen des Herrn und gedeihen nach ihnen zu Blüte und Frucht, darum ist nicht Strafe und Lohn für sie, sondern sie sind von ihm alle geliebt — und das Zittern der Espe kommt gewiß nur von den gar langen und feinen Stielen, auf die sie ihre Blätter wie Täfelchen stellt, daß sie jeder Hauch lüftet und wendet, worauf sie ausweichen und sich drehen, um die alte Stellung wieder zu gewinnen. Und so ist es auch; denn oft habe ich nachher noch ganz ruhige Espen an windstillen Tagen angetroffen, und darum an andern, wo sie zitterten, ihrem Geplauder mit Vorliebe zugehört, weil ich es gut zu machen hatte, daß ich einstens so schlecht von ihnen gedacht. Darum ist es auch ein sehr feierlicher Augenblick, wenn selbst sie, die so leichtfertige, schweigt; es geschieht meistens vor einem Gewitter, wenn der Wald schon harret auf die Stimme Gottes, welche kommen und ihnen Nahrung herabschütten wird. — Sehet nur, liebe Jungfrauen, wie schmal der Fuß ist, womit der Stiel am Holze und das Blatt am Stiele steht, und wie zäh und drehbar dieser ist — — sonst ist es ein sehr schönes Blatt.“

Bei diesen letzten Worten hatte er einen Zweig von einer der Espen gerissen und ihn Clarissen gereicht.

„Es ist ein Zeichen, daß wir eine schöne Nacht bekommen,“ fuhr er fort, „da diese Zweige so munter sind; vor dem Nachtregen werden sie gern ruhiger.“

„Kommen wir denn in die Nacht?“ fragte Johanna.

„Wenn es auch geschähe,“ antwortete der Jäger, „so steht ja schon dort am Himmel der aufgehende Mond, der so viel Licht gibt, daß gute und achtsame Augen genug haben. Aber ich denke, daß wir ihn gar nicht mehr gebrauchen werden.“

(Fortsetzung folgt.)

siner Durchschnittspreis des letzten Jahrzehnts. Das Ortsblatt zieht nun den Durchschnittspreis des letzten Jahrfünfts heran und kommt zu dem Resultat, daß das Angebot nur um einen Pfennig höher ist. Es werden die Preise angeführt von 61,03 Mk. vom Jahre 1908, steigend bis 79 39 Mk. im Jahre 1912. Und auf Grund dieser so kolossal gesteigerten Preise sollte Berlin sich auf fünf Jahre binden! Damit bestätigt das Blatt, daß die Agrarier mit demselben Raffinement die wirtschaftliche Lage auszunutzen suchen, wie seinerzeit bei der Beratung des Zolltarifs durch den Antrag Kanitz.

Aber nicht nur das. Dr. Diederich Hahn nahm Anlaß, im preußischen Landtage den Pommerschen Viehverwertungsverband herauszuhauen, und der Agrarierhäuptling behauptete schlankweg, die Angebote, die der Verband gemacht habe, bewegten sich durchweg in der Preislage von 45—48 Mk. Es war nun aber leicht, die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen. Doch die „Deutsche Tageszeitung" kommt auch in solcher Situation nicht in die Verlegenheit; sie erklärt jetzt, „daß der der Stadt Berlin angebotene Preis franko Berlin nur einem den Landwirten (vom Viehverwertungs-Verband) zugestandenen Preis von 45—47 Mk. ab pommerschen Stationen entspricht." Davon sagte aber Dr. Diederich Hahn im Abgeordnetenhause nichts. Echt agrarisch!

Ein Groß-Viehmäster aus der Gegend von Goslar hat der Stadt Rathenow ein Angebot auf Lieferung von schlachtreifen Schweinen gemacht. Der Lieferant will unter der Bedingung eines fünfjährigen Vertragsabschlusses jährlich 1500 Schweine liefern. Er verlangt jedoch pro Zentner Lebendgewicht 55 Mk., wobei Fracht und Versandrisiko zu Lasten des Abnehmers fallen sollen. Die Teurungskommission hat dieses Angebot wegen des zu hohen Preises abgelehnt.

Die Stadt Memel, die auch sehr hohe Fleischpreise hat, trotzdem sie nur vier Meilen von der russischen Grenze entfernt liegt, hatte 15 000 Mk. zum Ankauf von Schweinen in Rußland bewilligt und auch bereits Vereinbarungen über den Verkauf mit den Fleischern getroffen. Der Regierungspräsident in Königsberg hatte die Zulassung der Einfuhr russischen Fleisches befürwortet, doch der Minister hat die Zulassung der Einfuhr frischen Schweinefleisches nach Memel über Bajohren abgelehnt und der Stadt anheimgestellt, durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer mit Viehverwertungsgenossenschaften in Verbindung zu treten. Der Minister treibt also auf diese Weise unseren Agrariern die Kundschaft zu. Das sind die „Maßnahmen" der Regierung zur Linderung der Fleischnot.

Aus der Partei.

Die Reichstagskandidatur in Essen. Genosse Gewehr hat die Reichstagskandidatur in Essen, die er seit 1903 innehatte, niedergelegt. Grund dazu ist sein leidender Gesundheitszustand. Vor Jahresfrist hatte er eine schwere Operation durchzumachen und erst kürzlich hat er sich wieder in weitere Behandlung begeben. Da die Reichstagskandidatur in Essen große Anforderungen an den Kandidaten stellt, und Genosse Gewehr auch in seiner übrigen Tätigkeit sehr beschäftigt ist, hat er sich entschlossen, schon jetzt die Kandidatur niederzulegen, damit die Essener Genossen schon jetzt alles ordnen können, und in jedem Falle gerüstet dastehen. — Genosse Gewehr übernahm den Kreis als Nachfolger des verstorbenen Genossen Gräser, auf den im Jahre 1903: 22 773 Stimmen entfallen waren. Bei der letzten Wahl erhielt Genosse Gewehr 40 500 Stimmen; mit dieser gewaltigen Stimmenzahl legt er nunmehr die Kandidatur in die Hände der Essener Genossen zurück.

Gemeindewahlen. Bei der Gemeinderatswahl in Apolda wurde Genosse Leutert gewählt. Er brachte es auf 1195 Stimmen, während die übrigen sozialdemokratischen Kandidaten 174 bis 412 Stimmen erhielten. — Unsere Genossen in Suhl (Erfurter Wahlkreis) beschlossen, bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen auch in der zweiten Abteilung selbständig vorzugehen und jedes Kompromiß abzulehnen.

Außerordentlicher Parteitag in Frankreich. Anfang Dezember wird ein außerordentlicher Parteitag in Frankreich stattfinden, der sich mit der internationalen Lage beschäftigen soll.

Gewerkschaftsbewegung.

Maurerstreik in Braunschweig. In einer überaus stark besuchten Versammlung des Bauarbeiterverbandes wurde einstimmig beschlossen, als Antwort auf den Tarifbruch des Verbandes der Bauunternehmer bei den folgenden Firmen: Munte, Morgenstern, Bartels, Bolte und Krause die Arbeit niederzulegen. Der Unternehmerverband hat trotz Tarifvertrages 50 Bauarbeiter ausgesperrt, worauf sofort 80 Junggesellen aus Braunschweig abreisten. Ueber 300 Maurer und Bauarbeiter befinden sich im Streik. Der Streik soll weiter ausgedehnt werden, wenn die Sperre der fünf Firmen nicht bewirkt, daß der Unternehmerverband seinen Tarifbruch rückgängig macht.

Kommunales.

Konfliktsstimmung im Berliner Zweckverband. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Groß-Berlin hat in ihrer Montags-Sitzung einen Ausschuß zur Prüfung der Frage eingesetzt, ob eine Gemeinde berechtigt ist, jemanden, der außerhalb der Gemeinde wohnt, als Vertreter in die Verbandsversammlung zu entsenden. Anlaß dazu gab die Wahl des früheren Staatssekretärs Dernburg, der, obgleich er in Grunewald wohnt, von den Gemeindebehörden der Stadt Wilmersdorf gewählt worden ist. Eine lebhafte Auseinandersetzung führte die Berichterstattung über die vom Ausschuß vorgeschlagene Geschäftsordnung herbei. Besonders handelte es sich um die Frage, ob der Oberpräsident oder sein Vertreter das Recht haben sollte, auch an den Sitzungen aller Ausschüsse ohne weiteres teilzunehmen. Die Geschäftsordnungskommission hat diese Frage verneint. Sie stützt sich auf den Wortlaut des Gesetzes, wonach der Oberpräsident oder sein Vertreter wohl berechtigt ist, an den Verbandsversammlungen teilzunehmen, während über seine Teilnahme an den Ausschußsitzungen nichts im Gesetz steht. Die Geschäftsordnungskommission weigert sich, dem Oberpräsidenten ein solches Recht einzuräumen, einmal aus der praktischen Erwägung heraus, daß der Oberpräsident als Vertreter des Fiskus u. a., namentlich bei Landverkäufen, Gegenkontrahent des Verbandes ist und zweitens, um das Selbstverwaltungsrecht nicht noch mehr einzuschränken, als das ohnehin schon durch das Gesetz geschieht. Wenn die Mehrheit eines Ausschusses es beschließt, dann soll allerdings der Oberpräsident einer Sitzung beiwohnen dürfen. — Der Oberpräsident v. Konrad trat selbst in die Debatte ein. Er bestritt, der Geschäftsordnungskommission das Recht, sich mit den Befugnissen der Aufsichtsbehörde zu beschäftigen und teilte mit, daß der Minister des Innern auf dem Standpunkt steht, daß der Oberpräsident oder sein Vertreter kraft Gesetzes das Recht habe, in allen Kommissionen zu erscheinen. — Da auch gegen eine große Reihe anderer Vorschläge der Geschäftsordnungskommission starke Bedenken erhoben wurden, beschloß die Versammlung, die Geschäftsordnung an die um 6 Mitglieder verstärkte Kommission zurückzuverweisen.

Aus dem Gerichtssaal.

Heldentat eines Deutschen in China. Der aus Braunschweig stammende Aufseher Carl Hunze in Hankau (China) erblickte eines Abends eine Menge Chinesen, die zwei deutsche Matrosen verfolgten, vor seinem Hause. Er wurde angeblich durch Steinwürfe verletzt, holte seine Flinte und schoß in die Menge. Zwei Chinesen wurden verwundet und zeigten ihn an. Das deutsche Konsulargericht in Hankau verurteilte am 18. Juli Hunze wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis und sprach den Chinesen 75 und 5 Dollar Buße zu. Auf die Berufung des Angeklagten setzte das Reichsgericht, 1. Strafsenat, die Strafe auf vier Monate herab und erklärte diese Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt. Die Bußen wurden in Wegfall gebracht, weil die Chinesen keinen bestimmten Betrag gefordert hatten. — Die dummen Chinesen! Verlassen sich auf die „deutsche Gerechtigkeit" und fallen dabei elend hinein!

Aus Nah und Fern.

Sich selbst gerichtet. Der Koburger Schuhmachermeister Kaempf, der zahlreiche Mitglieder der Koburger Gesellschaft durch anonyme unsittliche Briefe belästigt hatte, erschoß sich eine Viertelstunde vor dem Beginn der Gerichtsverhandlung, in der er sich wegen dieser Briefe verantworten sollte.

Vier Arbeiter durch heißes Wasser verbrüht. Im städtischen Elektrizitätswerk in Kassel hat sich gestern ein schwerer Unfall ereignet. Dort entstand ein Heißwasserrohrbruch. Der Monteur Igel aus Nürnberg und drei Arbeiter aus Kassel wurden lebensgefährlich verletzt.

Schiffsunglück. Aus Rochefort wird gemeldet: Dienstag nacht stieß der norwegische Dampfer „Eva" in der Nähe der Insel Aix mit dem spanischen Dampfer „Arena" zusammen. Die „Arena" sank so schnell, daß von der aus 25 Mann bestehenden Bemannung nur 8 gerettet werden konnten.

Verhaftung von Mädchenhändlern. Zwei Mädchenhändler, die seit längerer Zeit in London leben, wurden in Straßburg verhaftet. Sie hatten eine 17jährige junge Engländerin aus London nach Straßburg in ein öffentliches Haus in der Fischergasse verschleppt. Die Bordellbesitzer in Straßburg haben aber zu großen Respekt vor der Polizei, als daß sie wider die polizeilichen Vorschriften verstießen. Sie machten die Polizei auf die Händler aufmerksam, die sofort zur Verhaftung der beiden Burschen schritt. Das Mädchen wurde der Fürsorgestelle so lange übergeben, bis vom englischen Konsulat die erforderlichen Mittel zu der Heimreise eingesandt worden waren.

Anton von Perfall, der bekannte Münchener Schriftsteller, von dem auch wir kürzlich die Erzählung „Der Bauer vom Walde" abgedruckt haben, ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Er schrieb eine Reihe liebenswürdiger Novellen und Romane aus dem bayerischen Volksleben und dem Jägerleben, die, wenn sie auch meistens höheren künstlerischen Ansprüchen kaum genügen, doch gute Unterhaltungsliteratur sind. Er war der jüngere Bruder des Schriftstellers Karl von Perfall.

Ein Schutztruppenfeldwebel in Südwestafrika verdurstet. Nach einer vom Kommando der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika bei der Polizeiverwaltung in Marienburg in Westpreußen eingegangenen telegraphischen Meldung hat sich der aus Marienburg stammende Vizefeldwebel der Schutztruppe Friedrich Uebersohn am 25. Oktober auf einer Expedition verirrt und dabei den Tod durch Verdursten gefunden. Die Leiche wurde elf Kilometer von seiner Station aufgefunden. Der Verstorbene ist der Sohn eines Brückenwärters in Marienburg; er stand kurz vor seiner Verheiratung.

Sechzig Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Radisch-Collm und Diehsa in der Oberlausitz sind zahlreiche Erkrankungen infolge von Fleischvergiftung vorgekommen. Es sind dort über sechzig Personen nach dem Genuß von Mettwurst und Schweinefleisch schwer erkrankt. Vier Aerzte stellten fest, daß sämtliche Erkrankte trichiniöses Fleisch gegessen haben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich **Alfred Hahmeier und Frau**
4748) geb. Berb.

Zentralverband der
Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Dienstag, dem 5. November verschied nach langen schweren Leiden, im 28. Lebensjahre, unser treuer Kamerad

Heinrich Dencker.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Freitag, dem 8. November, mittags 2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes (4755

Zum 1. Januar mehrere
Zwei-Stuben-Wohnungen
billig zu vermieten. (4391
Nähres Ghafothr. 18, part., vorne.

Dienstag morgen 4½ Uhr entschlief nach langen qualvollen Leiden mein teurer innigst geliebter Mann, meiner kleinen Kinder treusorgender Vater und unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Heinrich Dencker

im 28. Lebensjahre. (4753

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von mir, meinen Kindern und allen, die ihm nahe standen.

Lina Dencker, geb. Zimmer.

Die Trauerfeier findet Freitag nachmittag 2 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

1 Schneidergehilfe
gesucht. **Eggert,** Schneidermeister
Moisling. (4744

1 Satz Ferkel
6 Wochen alt, zu verkaufen.
4762) Ratzeburger Allee 25a.

Danksagung.

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, besonders Herrn Pastor Haensel für seine trostreichen Worte am Sarge meiner lieben Frau, sowie den Meistern u. Mitarbeitern der Kesselschmiede der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft für ihre schönen Kranzspenden, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Aug. Löding und Familie nebst Eltern.

4761) Seitenstraße 19, I.

Anfertigung von **Kindergarderoben** und **Puppenkleidern** billigst.
L. Dreyer, Cleverlandwehr.
Postkarte genügt. (4719

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (2913
P. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Kakao
Kaiser's Kakao
das Pfund von 1.00 Mk. an
empfehlen wir bei den hohen Kaffeepreisen als billig, nahrhaft, bekömmlich wohlschmeckend.
Kaiser's Kaffee-Geschäft
G. m. b. H. / Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb / Über 1000 Filialen
4748

Sanella
Mandelmilch
Pflanzen-Butter-Margarine
Nur echt mit dem Namenszug des Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Oskar Liebreich
Liebreich
Stets frisch erhältlich in den einschlägigen Geschäften.
Preis 90 Pfg. per Pfund.
Vertreter für den hiesigen Bezirk:
Kühl & Davidsen, Lübeck. Fernsprecher 158.
4693

Betten-Duve liefert bestens und billigst
3290 Gr. Burgstr. 32.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
1703) Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

ausgestellt, daß das eigentliche Entfaltungsgebiet dieser Landschnabeltiere in unseren Tagen Neuguinea ist. Hier wohnen mehrere jener großen Sorten, für die man den Namen „Ameisigel" erfunden hat, wenngleich die meisten dieser Arten kein weiches Vlies, sondern wirkliche Stacheln besitzen. Zum erstenmal ist ein solcher lang- und dickstacheliger Ameisigel in den Zoologischen Garten zu Amsterdam lebend gelangt. Fast wie ein winziger Elefant sieht dieser einzigartige Geselle aus: der Schnabel biegt sich zu einem gewaltigen krummen Rüssel wie ein Pfeifenrohr ein; der Leib wird bei diesem Stacheltier von hohen, ganz elefantenartigen Säulenbeinen getragen. Dazu kommen noch die stark ausgebildeten äußeren Ohrmuscheln. Und doch hat dieser „Elefant von Neuguinea" in Wahrheit nichts mit einem Elefanten zu tun; er ist vielmehr der letzte Bote aus jenem geheimnisvollen untergegangenen Gondwanaland, der Vertreter einer neuen Klasse der Wirbeltiere, die nach der Ansicht mancher Zoologen gleichwertig neben Reptilien, Vögeln und Säugetieren stehen müßte. Diese Schnabeltiere sind ja keine echten Säugetiere, denn man weiß, daß sie den der Schildkröten ähnliche Eier legen und daß ihre Bluttemperatur je nach der äußeren Luftwärme steigt und fällt, eine Eigenschaft, die die wechselwarmen Reptilien von den dauerwarmen Säugetieren unterscheidet. Nun haben sie aber bereits das Haar des Säugetieres, wenigstens in der Form von Stacheln, und ihre Jungen werden noch im Ei durch Säfte des Mutterleibes, später aber durch eine Art Muttermilch selbst genährt. Mischbildungen zwischen Reptil und Säugetier sind sie, geradeso wie jene alten Gondwanatiere, die Saurier und saurierähnlichen Wesen, in deren Knochenbau Reptil und Säugetier gleichsam miteinander rangen und daneben eine dritte Klasse sich durchzukämpfen schien. Je genauer in letzter Zeit das Gesamtgerippe dieser uralten Tiere bekannt wurde bis fast in jede Einzelheit, desto sieghafter machten sich die Uebereinstimmungen zwischen den Saurtern und den Schnabeltieren geltend.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sandschaks.

Das bedeutende Interesse, das Oesterreich-Ungarn am Sandschak bekundet, hat seine Ursache jedenfalls mehr in dem strategischen Wert dieses Landstriches und überhaupt in militärischen Rücksichten. Die dauernde Besetzung des Sandschaks durch Serbien oder Montenegro würde Oesterreich-Ungarn für immer von den türkischen Gebietsteilen der Balkanhalbinsel trennen und damit der Donaumonarchie die Geltendmachung ihres Einflusses in gegebenen Momenten sehr erschweren. Die wirtschaftliche Bedeutung des Sandschaks ist vorläufig nicht allzuhoch einzuschätzen, obgleich das ganze Gebiet bei geordneter Verwaltung und bei Verwendung größerer Kapitalien zur Verbesserung der Verkehrsmittel usw. noch einer stärkeren Entwicklung fähig ist. Oesterreich-Ungarn läßt das Wirtschaftsleben des Sandschaks durch sein Generalkonsulat in Skutari aufmerksam beobachten. Der Bericht des Generalkonsulats für das Jahr 1911 zeigt, wie sehr dieses ganze Gebiet schon seit Jahren unter der dauernden politischen Beunruhigung und dem Mangel einer straffen Verwaltung leidet. In den Jahren 1910 und 1911 standen Handel und Gewerbe in Skutari wie im übrigen Teile des Sandschaks im Zeichen einer starken Depression. Neben der Mißernte des Jahres 1910 haben die Ereignisse des Jahres 1911, vor allem der Malissorenaufstand, der Krieg mit Italien und die Choleraepidemie einen sehr schlechten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgeübt. Die beunruhigenden Ereignisse in den Bergen und die mit ihnen zusammenhängende Unsicherheit im Verkehr der Bergbewohner mit Skutari unterbanden die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land gänzlich. Ein großer Teil der Kaufleute sperrte in der Stadt und im Basar die Läden und begab sich ins Ausland. Die Zahlungen wurden in die Länge gezogen, die Kreditgewährung seitens der ausländischen Firmen wurde fast gänzlich eingestellt. Derartigen Hemmungen ist die wirtschaftliche Entwicklung des Sandschaks immer wieder ausgesetzt gewesen, obwohl schon oft ein Anlauf zur Besserung genommen wurde. Die kommt namentlich auf dem Gebiete der gewerblichen Tätigkeit zum Ausdruck, wo der Mangel an Kapitalien, dann aber ganz besonders die Anspruchslosigkeit der Bevölkerung und die damit zusammenhängende geringe Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen den bestehenden Betrieben nur eine geringe Bedeutung einräumt. Die Gesamteinfuhr und -Ausfuhr Skutaris, mit Ausnahme des Transitverkehrs, repräsentierte im Jahre 1911 einen Wert von 7,91 Millionen Kronen gegen 6,07 Millionen Kronen im Vorjahre. Diese Zunahme kommt ausschließlich dem erhöhten Import zu gute, während der Export aus dem Sandschak im Berichtsjahre ein verschwindend kleiner war. Die Gesamteinfuhr ist von 4,89 auf 7,43 Millionen Kronen gestiegen. Hiervon entfallen auf:

	Wert in Kronen	
	1910	1911
Oesterreich	1 459 895	2 095 075
Ungarn	1 164 985	971 540
Italien	1 036 616	1 552 760

Der Import aus Italien betrifft nach wie vor hauptsächlich Mehl und Baumwollgarne. Der italienische Absatz in Baumwollwaren, Spiritus, Seide, Seiler- und Kurzwaren ist wiederum beträchtlich zugunsten der österreichischen Einfuhr zurückgegangen. Der Transithandel Skutaris mit Montenegro ist im Jahre 1911 von 1,78 Mill. K. auf 1,19 Mill. K. zurückgegangen. Die Gründe für diesen Rückgang dürften in der Ausgestaltung des Hafens von Antivari und der damit erzielten Erleichterung der Warenverladung, welche in früheren Jahren infolge der fehlenden Hafenanlagen mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft war, zu suchen sein. Die österreichischen Schiffahrtsgesellschaften haben dem stetig wachsenden Bezug von Waren aus der Donaumonarchie durch Ausgestaltung ihrer Verkehrslinien Rechnung getragen. So hat der Oesterreichische Lloyd ab 1. Januar 1912 einmal wöchentlich mit dem Dampfer Skutari eine direkte Verbindung Skutari-Cattaro aufgenommen, während die Ungaro-Kroato ihre Fahrten bis Patras auszudehnen beabsichtigt.

Die Fremdenkolonien in Konstantinopel.

Zu der Entsendung deutscher und fremder Kriegsschiffe nach Konstantinopel zum Schutze der dortigen Fremdenkolonien wird über die Fremdenkolonien der türkischen Hauptstadt folgendes geschrieben: Die gesamte Bevölkerung von Konstantinopel kann heute mit etwa 750 000 bis 800 000 angenommen werden. Richtige Zahlen sind mangels genauer statistischer Berechnungen nicht zu erhalten. Von der Gesamteinwohnerschaft stellen die Fremden einen erheblichen Teil, annähernd sogar die Hälfte dar. Man kann die Zahl der Fremden mit 350 000 bis 400 000 etwa annehmen. Den größten Anteil daran haben die Griechen, von denen etwa 50 000 in Konstantinopel wohnen, alle übrigen sind Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener und Schweizer, Bulgaren, Serben usw. Von den etwa 5000 Bulgaren, die vor dem Krieg in Konstantinopel lebten, sind die meisten natürlich vor dem Krieg in ihre Heimat zurückgekehrt, ebenso auch die Angehörigen der anderen am Balkankrieg beteiligten Staaten. Im eigentlichen alten Konstantinopel wohnen keine Fremden, sondern nur in den Vororten. Die meisten Kolonien gruppieren sich um die Gesandtschaftshotels, die größtenteils in Pera liegen. Die Griechen wohnen in dem Stadtteil Pankaldi, die Armenier in Kum-Kapu, die Perser in Stambul, Schweizer, Deutsche und Franzosen in Ballat-Kus-Kundschuk. Pera ist seit dem Wiederaufbau nach dem großen Brande von 1870 eine wesentlich europäische Stadt mit fast durchweg aus Stein gebauten Häusern und zum Teil gut gepflasterten Straßen, von denen die große, mehr als ein Kilometer lange Perastraße die bedeutendste ist. An dieser Straße befinden sich die meisten Gesandtschaften. Wie bedeutend der Anteil der Fremden an der türkischen Hauptstadt ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sich in Konstantinopel ungefähr 175 Kirchen christlicher Konfessionen mit Synagogen befinden. Diese große Zahl der Fremdenelemente bringt es natürlich mit sich, daß eine große Anzahl öffentlicher Einrichtungen in ihren Händen sind, die auch vorwiegend den Interessen der Fremden dienen. So sind von sämtlichen größeren, in Konstantinopel vertretenen Nationen eigene Postämter vorhanden. Ebenso haben die Fremdenkolonien eigene Schulen und Krankenhäuser, namentlich die größeren, christlichen Nationen, wie die Deutschen, die Oesterreicher, die Russen, die Franzosen usw. besitzen mustergültige Hospitäler. Deutsche Schulen befinden sich zwei in Konstantinopel. Sehr beträchtlich ist der Anteil der Fremden am Handel in der türkischen Hauptstadt. Den größten Anteil haben die Griechen und Armenier, in den übrigen teilen sich die Deutschen, Oesterreicher, Italiener, Engländer, Franzosen und Russen.

Heiteres.

Nach dem Manöver. Bauer: „Noch etwas, Herr Hauptmann, ein Soldat von Ihrer Kompagnie hat mir a Ohrwaschl halb ausg'rissen!" — Hauptmann: „Wenden Sie sich an die Flurschadenkommission!"

Entschuldigt. Direktor: „Es schmerzt mich, wenn ich den Schuster, den Schneider und die Wäscherin nicht bezahlen kann, aber was tut's, ich brauche den Schmerz, sonst könnte ich nicht dichten!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Unterhaltungsblatt
des Lübecker Volksboten.

Nr. 44. Mittwoch, den 6. November 1912.

Die Neuvermählten.

Von Flemming Algreen-Ussing.

I.

Pünktlich um drei Uhr schloß der junge Rechtsanwalt Preben Wemme sein Bureau und lenkte seine Schritte zum Hotel Bristol. Vor dem Café nahm er Platz und bestellte sich eine Limonade. Während er das Getränk einsog, dachte er an seine niedliche junge Frau, die er heute zurückerwartete.

Er war erst seit einem halben Jahre verheiratet. Einen Monat lang war seine Frau bei ihren Eltern auf Fünen in der Sommerfrische gewesen und während all der Zeit hatte er den Witwer markiert.

Er selber hatte ja keine Zeit gehabt, um mit seiner Frau aufs Land zu gehen; darum mußte er sich auf andere Weise schadlos halten.

Mit einem Lächeln dachte er an Else und Lily und . . . Ja, es waren wohl noch ein paar, die ihm die Zeit vertrieben und dafür gesorgt hatten, daß die Sehnsucht nach seiner Frau nicht überhandnahm.

Trotzalledem war er sich ganz klar darüber, daß seine Frau die schönste von allen war; und er freute sich ehrlich über ihre Rückkehr.

Denn auf die Dauer war das andere doch unhaltbar.

II.

Preben Wemme hatte seine Limonade bezahlt und erhob sich soeben, um fortzugehen, als er Lily über den Rathausplatz kommen sah. Im selben Augenblick schlug es vier Uhr; und Preben entsann sich, daß er auch noch länger als zwei Stunden Zeit hatte bis zur Ankunft des Zuges, der Karen zurückbringen sollte.

Und er beschloß, diese zwei Stunden in Lilys Gesellschaft totzuschlagen.

III.

Um fünf Uhr saß Preben Wemme mit Lily im Industriecafé beim Diner. Lily war furchtbar hungrig gewesen und man muß ja höflich gegen Damen sein.

Preben selbst wollte eigentlich zu Hause mit seiner Frau zu Mittag essen. Aber schließlich bestellte er trotzdem zwei Couverts — denn er war eigentlich auch hungrig. Und — Herrgott — er war doch wohl Manns genug, um ausnahmsweise zweimal zu Mittag zu speisen.

Als es sechs Uhr war, hatte er fünf Gänge hinter sich; dazu hatte er eine halbe Flasche Rotwein getrunken und nun saß er beim Kaffee.

Ungeheuer gesättigt zündete er sich eine Zigarre an und dachte nicht ohne Angst darüber nach, daß er in einer halben Stunde noch einmal — mit seiner Frau — zu dinieren hatte.

IV.

Karen stand am Kupeefenster, als der Zug einfuhr. Preben half ihr beim Aussteigen und fand sie allerliebst. Ihr Gesicht war von der Sonne gebräunt und das stand ihr ausgezeichnet.

Sehr verliebt half er ihr in ein Automobil und das junge Ehepaar sauste nach Hause.

V.

„Aber du ißt ja gar nichts!"

Frau Karen sah Preben zärtlich an.

Preben verschlang schleunigst eine Kartoffel und sagte:

„Die Hitze, Liebste! Ich kann die Hitze gar nicht vertragen!"

Sie waren beim Fisch.

Dann kam der Braten auf den Tisch und die vorsorgliche Frau Karen lud ihrem Manne ein mächtiges Stück auf den Teller.

Preben stöhnte leise und begann zu essen. Er war nahe daran, seiner Frau zu gestehen, daß er um fünf Uhr ein eminentes Diner zusammen mit — einem Geschäftsfreund eingenommen habe. Da er aber wußte, wie leicht Karen eifersüchtig wurde — selbst auf einen Geschäftsfreund —, so schwieg er.

Doch sein Stück Braten mußte er fast ganz übrig lassen.
Ihm war schon ordentlich schwindelig vor Sattheit.
Sein armer Magen!
Frau Karen sah ihn bekümmert an.

VI.

Frau Karen war müde von der Reise und ging darum früh zu Bette. Sie sehnte sich danach, zu schlafen, wie sie sagte.

Preben blieb mit Zeitung und Zigarre im Wohnzimmer sitzen. Er fühlte hin und wieder ängstlich nach seinem Magen und erinnerte sich mit Entsetzen der beiden Diners.

Nach einer Weile ging er hin und öffnete vorsichtig die Schlafzimmertür. Hingerissen blieb er in der Tür stehen, sich an den Türrahmen anlehnend, und betrachtete Frau Karen, die in dem Ehebette in süßem Schlummer lag, die Hände graziös unter dem schönen Nacken gefaltet.

Preben wagte sie nicht zu stören, außerdem lagen ihm die beiden Diners zu schwer im Magen, als daß er hätte zu Bette gehen können.

Er begnügte sich damit, Frau Karen noch einen verliebten Blick zuzuwerfen; und dann ging er zur Wohnstube zurück.

Grenzenlose Reue packte ihn über seine Unmoral im verflossenen Monat.

Und er nahm sich vor, daß es von nun an kein anderes Weib mehr für ihn geben sollte als die unschuldsweiße Frau Karen.

VII.

Drüben unter Frau Karens Nähtisch lag ein zusammengeknülltes Papierchen.

Preben hatte es schon seit einer Weile angestarrt, wie man bei gewissen Ermattungszuständen mit seltsam unmotiviertem Eifer anscheinend ganz gleichgültige Gegenstände anzustarren pflegt.

Schließlich ging er hin und nahm das Papierchen auf.

Lässig faltete er es auseinander . . . er kannte die Handschrift auf dem Papier: es war die Schrift des Vetters seiner Frau, der gleichfalls bei Preben Wemmes Schwiegereltern zum Sommeraufenthalt gewesen war . . . und las . . . und las . . . und erwachte.

Da stand:

„Geliebte kleine Karen! Heißen Dank für alle die schönen Stunden . . . für Deine weichen Lippen, für . . ."

Preben war einen Augenblick wie gelähmt.

Dann fielen ihm Else und Lily ein und die anderen . . . und er lächelte.

Reiseplaudereien.

Von Ad. Thiele.

Weißt du, mein Lieber, eine anziehende Aufgabe ists nicht, Reise-Erinnerungen zu Papier zu bringen. Mit Geschehnissen, bei denen hübsch eins aufs andere folgt, gehts noch an. Hat jedoch dein Auge mit einem einzigen Blicke die hundert Einzelzüge einer bestechenden Landschaft, einer lebendigen Straßenszenerie erfaßt, die der Klentopp deines Gehirns als Gesamtbild festhält und die jeder weitere Augenblick durch neue Bilder ergänzt, vertieft, verschärft, und du sollst das nachträglich in Worte kleiden, indem du mühsam Strich an Strich reihst, dann zerreißt du zehnmal die begonnene Skizze, weil sie nicht ausdrückt, was du hattest sagen wollen. Und wenn du dich beim elften Versuche in dein Schicksal ergibst, so geschieht das nicht, weil dich die Wiedergabe nun befriedigt, sondern weil du einsiehst, es wird eben nicht besser. Oft genug findest du für die feinsten Nuancen, die einem erschauten Bilde gerade den berückenden Zauber verliehen hatten, überhaupt keine recht treffende Bezeich-

nung; auch gerät bei schriftlicher Schilderung ein Strich bald zu lang oder zu kurz, bald zu dick oder zu dünn, und manches reizvolle Kleinwerk muß ganz wegbleiben. Das geschriebene Wort ist armselig und schal gegenüber dem gesehenen Bilde. Du wirst dich deshalb begnügen müssen, wenn du statt des Weines lebendiger Bilder das Wasser der Schilderung vorgesetzt bekommst.

I. Auf einem Lloyd-Dampfer.

Nach einstündiger Fahrt legte der kleine Dampfer, der uns als letzte Nachzügler in Bremerhaven aufgenommen hat, an der Seite des im offenen Meere stehenden gewaltigen Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm II." an. Ist die See mißgelaunt, so hat das Aus- und Einbooten seinen Haken. Heute nicht. Die Nordsee hat ihre heiterste Miene aufgesteckt, und heiter erklingt der Marsch, mit dem die Schiffskapelle die Ankommenden begrüßt. Alles ist heiter, Sonne, Meer, Schiff, Passagiere, Bemannung. An 500 Fahrgäste erster und zweiter Klasse und nahezu ebensoviele dritter Klasse, meist galizische und tschechische Auswanderer, waren bereits an Bord; der Tender hat die letzten hundert gebracht. Der Riesenkasten könnte noch mehr aufnehmen. Die ständige eigene Besatzung beziffert sich auf 665 Mann. An Passagieren vermag das Schiff 700 erster Klasse, 330 zweiter und 800 dritter Klasse zu beherbergen, sodaß der vollbesetzte Dampfer 2500 Personen trägt, die Einwohnerzahl einer kleinen Stadt.

Du begreifst, daß da die Raumausnutzung raffiniert sein muß, wenn auch das Schiff 215 Meter lang und 22 Meter breit ist und wenn auch der eigentliche Schiffskörper bei 9,6 Meter Tiefgang noch 7 Meter über den Wasserspiegel hinausragt, wozu noch weitere 6 Meter kommen, um die das Sonnendeck sich über das Hauptdeck erhebt. Es ist in der Tat ein ganz gewaltiger Kasten. — Die beiden Hauptmaschinen, deren jede eine Schraube von nahezu 7 Metern Durchmesser treibt, arbeiten mit je 20 000 Pferdekräften. In jeder Minute machen die Schrauben bei voller Fahrt 80 Umdrehungen, sodaß der Dampfer dann stündlich 23,5 Seemeilen oder Knoten zu je 1825 Metern zurücklegt. Das sind rund 44 Kilometer, was die Geschwindigkeit eines gewöhnlichen Personenzuges noch übertrifft. 26 Rettungsboote führt der Dampfer mit sich. Außerdem sind 17 Dampfpumpen vorhanden, die stündlich an 9400 Kubikmeter Wasser ausspeien können. Da der Schiffsrumpf von 17 wasserdichten Quer-Schotten durchzogen wird, ist der Dampfer möglichst vor Katastrophen bewahrt. — Ein Blick in den kolossalen Maschinenraum wirkt zunächst verwirrend. Sind doch die beiden Hauptmaschinen 28 Meter lang und über 13 Meter hoch, und die Kurbelwellen wiegen nahezu 2300 Zentner. Die neunzehn Kessel werden von 237 Mann bedient. Der Kohlenverbrauch beträgt stündlich an 125 Zentner.

Wie für die Sicherheit, so ist nach Kräften auch für die Bequemlichkeit gesorgt. Die Verpflegung auf den Lloyd-Dampfern ist für die Passagiere erster und zweiter Klasse so hervorragend, daß die Zahl der Ausländer, die zu längeren Seereisen eines der Lloyd-Schiffe benutzen, beständig wächst. Zumal in diesem Jahre hat die Titanic-Katastrophe dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie zehntausende von Engländern, Franzosen und Amerikanern als Fahrgäste zugeführt. Nach Zahl und Tonnengehalt ihrer Schiffe sowie nach der Menge der beförderten Personen und Güter werden übrigens die beiden genannten deutschen Gesellschaften von keinem ähnlichen Unternehmen des Auslandes erreicht. Der Norddeutsche Lloyd verfügt über 465 Fahrzeuge, darunter 127 Seedampfer. Das Personal zählt 24 000 Köpfe, wovon 14 000 auf die Bemannung der Schiffe entfallen. Befördert werden jetzt jährlich weit über 500 000 Personen und der Proviantverbrauch betrug voriges Jahr 18½ Millionen Mark, der Kohlenverbrauch 1¾ Millionen Tonnen oder 35 Millionen Zentner für 28,7 Millionen Mark.

Die Beköstigung ist so vorzüglich und reichhaltig, daß sie allgemeine Anerkennung gefunden hat. Auch ein Passagier der dritten Klasse, des sogenannten Zwischendecks, der nach seiner Erzählung schon eindutzendmal die Fahrt nach Amerika zurückgelegt und dabei die verschiedensten Gesellschaften ausprobiert hatte, erklärte, nirgends sei er so gut aufgehoben wie auf einem Lloyd-Dampfer.

Dürfte das Urteil über dem Lloyd lediglich abhängen von dem, was er seinen Fahrgästen bietet, so könnte das Lob ziemlich dick aufgetragen werden. Doch die Anerkennung ist nicht auszudehnen auf das Verhältnis der Gesellschaft zu ihrem Schiffspersonal, das sich mit Recht über große Härten in den Anstellungsbedingungen beschwert. Noch heute gilt das Koalitionsverbot für die Offiziere der Lloyd-Dampfer, und es hat schon hart gerügt werden müssen, daß Stewards und Mannschaften, wenn sie nach mehrmonatlicher Fahrt zurückkehren und nun Weib und Kind besuchen wollen, keinen Rechtsanspruch auf Urlaub haben und für die wenigen Tage, wenn ihnen Urlaub erteilt wird, keinen Pfennig Lohn erhalten. Ein so großes und sonst mit scharfem, kaufmännischem Blicke geleitetes Unternehmen sollte sich von solcher Knickerigkeit freihalten.

Alles Land ist längst den Blicken entschwunden. Himmel und Wasser, nichts weiter. Schweigsam und ruhig bohrt sich das gewaltige Schiff seine Rinne durchs Meer. Die letzten Sonnenstrahlen huschen über den wenig bewegten Wasserspiegel. Die Nacht senkt sich nieder. Satte Ruhe umfängt uns. Tief atmen wir die köstlich reine Seeluft ein. Sie tut der malträtierten Großstadtlunge unendlich wohl. Das Leben an Bord erstirbt. Die Nacht breitet ihren Mantel aus. Der junge, goldige Morgen zeigt uns die Konturen der englischen Küste. Vorbei an der mit Ortschaften, Schlössern, Seebädern und bewaldeten Bergreihen bedeckten Insel Wight (Weiht), legen wir vormittags zehn Uhr am Pier von Southampton (Saußämtn) an. Der Dampfer hat die nahezu 900 Kilometer lange Strecke in 22 Stunden zurückgelegt.

Für unsere Frauen.

Weibliches Dienstjahr und weibliches Wahlrecht.

Frau Gnauk-Kühne hielt auf dem letzten Deutschen Frauenkongreß einen Vortrag über „Das weibliche Dienstjahr". Der Gedanke hat einen reichen Nachhall gefunden. Ein weibliches Dienstjahr möchten die bürgerlichen Frauen deshalb eingeführt sehen, damit man ihnen, wenn sie das Stimmrecht fordern, nicht entgegenhalten kann: Ihr leistet nichts für den Staat. Der Mann leistet zwei bis drei Jahre Dienst als Soldat.

Einer Proletarierfrau, der man vorhalten würde: Du leistest nichts für den Staat, würde mit Recht antworten: Ich gebäre die Kinder und ziehe sie auf für den Staat. — Es mag ja sein, daß für die bürgerliche Frau das Kindergebären keine so große Leistung ist wie für die proletarische Frau. Erstere kann sich in der Regel pflegen, letztere muß oft genug von Beginn der Schwangerschaft bis zur letzten Stunde in der Fabrik oder sonstwo dem Verdienst nachgehen. Kommt die Proletarierin müde genug nach Hause, so wartet Arbeit auf sie, zu der die bürgerliche Frau den ganzen Tag Zeit hat. Eine in behaglichem Wohlstand lebende Frau — was die Bürgerlichen Armut heißen, ist noch lange keine — weiß gar nicht, was Mutterwerden heißt inmitten von Entbehrung, Pfennigsorgen und Wohnungselend.

Die nüchternen Zahlen der Statistik sprechen auch hier wie anderswo eine beredte Sprache. Der deutsch-französische Krieg 1870-71 kostete dem Deutschen Reiche rund 50 000 Menschenleben. Es ist eine ungeheure Zahl. — Vergleichen wir aber damit das Blutopfer, welches die Frauen Jahr für Jahr ihrem Mutterberufe bringen, so erscheint jene Zahl klein. Mehr als 60000 Frauen sterben in Deutschland jährlich an den Folgen des Wochenbettes. Unter diesen sterben 7000 allein am Wochenbettfieber. Welche Frauen sind es aber, die am Wochenbettfieber sterben? Ganz sicher nicht diejenigen, bei denen alles gut vorbereitet ist zum Empfang des Ankömmlings. Nein, diejenigen sind es, die eben von der Arbeit nach Hause kommen, die ihre Kräfte schon vorher dem wirtschaftlichen Leben, dem Kapital geopfert haben. Während die Frau des Unternehmers, dessen Wohlstand die proletarische Frau auf Kosten ihrer Kraft um geringen Lohn erst schaffen half, das Zimmer, in dem das Kind zur Welt kommen soll, desinfizieren läßt, den Arzt, die Hebamme, die Wärterin, und wer weiß wen noch, Wochen vorher bestellt, sich, wenn sie will, körperlich schonen und kräftigen kann, fehlt es der Arbeiterin oft genug an einem geeigneten Raum, der sorgfältigen Pflege, manchmal sogar an der notwendigsten Wäsche für Bett und Mutter. Lange ehe ihre Kräfte es erlauben, muß die proletarische Mutter das Bett verlassen, um nach Kindern und Haushalt zu schauen, wo nicht gar um dem Verdienst wieder nachzugehen. Die Not zwingt sie; was weiß aber die bürgerliche Frau von wahrer Not?

Zu der oben angeführten Zahl der Opfer gesellen sich jährlich noch ungefähr 2000 Todesfälle an Tuberkulose, die durch die Schwangerschaft zur Entwicklung gebracht wurde. Hierbei sind die Fälle nicht gerechnet, in denen die Tuberkulose erst nach einem Jahr eintritt. Wenn also von den Gegnern der Frauenbewegung uns vorgehalten wird, wir seien keine Soldaten, die ihr Leben fürs Vaterland lassen, dann halten wir ihnen doch obige Zahlen entgegen, welche deutlich genug zeigen, wie groß die Opfer sind, die wir Frauen dem Vaterlande bringen!

Schon als Mütter haben wir das Recht, das Frauenwahlrecht zu fordern, und brauchen dazu keine Extradienstzeit.

Wie denken sich aber jene bürgerlichen Frauen das Frauen-Militärjahr, für das sie auf Tagungen und Kongressen, in Zeitungen und wo sie Platz dazu finden, eintreten? Sie denken sich das ungefähr so: Die Töchter des Volkes — damit ja auch der Klassenunterschied gewahrt werde — dienen vom 14. bis zum 16. Jahre, also zwei Jahre. Die Töchter der „höheren" Stände brauchen nur ein Jahr zu dienen. Die Dienstzeit soll in Gemeinschaftshäusern, einer Art Kaserne, verbracht werden, die im Anschluß an andere Anstalten eingerichtet sind, damit Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Die entstehenden Kosten trägt der Staat. Die Töchter „höherer" Stände können ihr Dienstjahr in einer staatlichen sozialen Anstalt absolvieren und sind somit befähigt, Offiziere zu werden, wenn sie nicht unter die Haube kommen. Also zugleich eine Versorgungsanstalt „höherer" Töchter, damit sie nicht dem Einrosten ausgeliefert sind. Über den Töchtern des Volkes stehen Vertrauenspersonen (weibliche Unteroffiziere), welche dauernde Kontrolle über sie führen und sie auch drillen. Aus welchem Sortiment diese weiblichen Unteroffiziere bestehen, geht aus dem Vorschlag nicht ganz klar hervor. Noch eines ist bemerkenswert, die Mädchen vom Lande sollen in die Stadt und die von der Stadt sollen aufs Land. Natürlich um ihr Wissen und ihre Weltanschauung zu ergänzen! In Wirklichkeit scheint es den Gebärerinnen des weiblichen Dienstjahres vor allem darum zu tun, die mehr oder minder aufgeklärten jungen Arbeiterinnen aus der Stadt dem Einfluß der freien Jugendbewegung zu entziehen und durch die Trennung von Land- und Stadtmädchen erstere in ihrer Weise aufzuklären und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Überhaupt, was soll dies Einsperren in Kasernen anders, als die jungen Proletarierinnen nach dem Austritt aus der Schule noch länger im Geiste und unter der Fuchtel der bürgerlichen Herrschaften zu erziehen und sie den wachsenden Einflüssen des proletarischen Befreiungskampfes zu entziehen? Gehorsame Fabrikklavinnen und bescheidene Dienstmädchen sollen die Früchte des phantastischen Dienstjahres sein.

Wir Proletarierfrauen haben genug an den männlichen Dienstjahren mit ihren furchtbaren Auswüchsen. Was wir brauchen, sind keine Kasernen, sondern bessere Schulen, praktische Erholungsstätten für unsere Kinder und vor allem die Erlösung von der kapitalistischen Ausbeutung.

Entkleidet man den besprochenen Vorschlag von seinem phantastischen Aufputz, so bleibt ein berechtigter Kern übrig. Der heutige Volksschulbetrieb ist vollkommen ungenügend. Früher lernte das junge Mädchen im Hause der Eltern alle diejenigen Arbeiten kennen und verrichten, die sie als Hausfrau und Mutter später nötig hatte. Seitdem aber die Zahl der erwerbstätigen Frauen in allen Berufen von Jahr zu Jahr steigt, ist die alte Arbeits- und Erziehungsgemeinschaft in der Familie zu einem Ding der Vergangenheit geworden. Direkt aus Bureau, Laden und Fabrik treten viele Frauen ins eheliche Leben, und auch in der Ehe hört die Erwerbsarbeit nicht auf. Eine Anzahl Frauen hat keine Ahnung von den elementarsten Aufgaben des Haushalts, der Krankenpflege und der Kindererziehung. Die Not, die Peitsche des Kapitalismus, hat die proletarischen und viele bürgerliche Frauen herausgetrieben aus dem Schoß der Familie und auf den öffentlichen Markt des Erwerbslebens. Darunter muß aber die natürliche Aufgabe der Frau, der Mutterberuf, Not leiden. In demselben Maße also, in dem die proletarische Frau um Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung kämpft, in demselben Maße ist sie daran interessiert, daß für jene alte Familienerziehung Ersatz, und zwar etwas Besseres geschaffen werde. Die Schule, der öffentliche praktische Unterricht muß in die Lücke treten. Gesundheitslehre, geschlechtliche Aufklärung, Säuglingspflege, Sanitätswesen, Haushaltungsunterricht müssen Bestandteile der modernen Schule werden. An Stelle der alten Lernschule muß eine praktische Lebensschule treten. Wir Proletarierfrauen brauchen keine weiblichen Dienstjahre mit Kasernen und Gemeinen, Unteroffizieren und Offizieren. Was wir brauchen, ist eine gründliche Schulreform, die mit den Resultaten der wissenschaftlichen Erziehungslehre und den Bedürfnissen des werktätigen Volkes in Einklang steht. An die Stelle der minderwertigen Volksschule muß eine Schule treten, die die Kinder aller Bevölkerungsklassen gleich umfaßt, sie aber nicht mit allerlei nötigen und unnötigen Kenntnissen vollstopft, sondern brauchbare, geschickte und energische Menschen aus ihnen macht, mit einem starken sozialen Verantwortlichkeitsgefühl. Freie Beköstigung und freie Lehr- und Lernmittel für alle Kinder müssen es dem ärmsten Proletarierkinde ermöglichen, seine Fähigkeiten und Begabung zu entfalten und zum Wohl der Gesamtheit zu verwerten. Aber freilich, davon wollen die bürgerlichen Männer und Frauen nichts wissen, und ihr ausführendes Organ, der heutige Staat, hat ein nur zu durchsichtiges Interesse daran, die heutigen Mißstände beizubehalten. Sobald wir bessere Schulen haben, werden wir zu früh aufgeklärt; wir werden anfangen, mehr und mehr nachzudenken. Sobald man uns nur einen kleinen Teil der Schönheit dieser Erde genießen läßt, werden wir uns unserer elenden Klassenlage bewußt. Man muß die große Masse hübsch dumm lassen, sie ist gefügiger so.

Der heutige Staat hat die Eigenheit, die jeder Beamtenherrschaft eigentümlich ist, neuen und ungewohnten Forderungen, selbst wenn sie von bürgerlicher Seite erhoben werden, im Anfang ablehnend gegenüber zu stehen, zumal da die Frauenrechtlerinnen das Wahlrecht für ihr Dienstjahr fordern. Ja wenn es sich nur um ein beschränktes Damenwahlrecht handelte, darüber ließe sich vielleicht noch reden, und die Damen würden sich damit auch zufriedengeben. Sie können aber nicht gut hinter das bestehende allgemeine Reichstagswahlrecht zurückgehen, sie brauchen einstweilen noch die Gefolgschaft der großen Masse werktätiger Frauen. So hat ihnen denn auch der „Arbeiterfreund" von Viktor Böhmert, Dresden, ein bürgerliches Blatt, die Suppe gleich gehörig versalzen, wenn er schreibt: Aus dieser zweijährigen Dienstzeit können natürlich irgendwelche besondere bürgerliche oder politische Rechte niemals erwachsen. — Uns proletarischen Frauen kommt eine solche Verquickung von Wahlrecht und Militärdienst recht lächerlich vor. Wir wissen, was für wertvolle Dienste wir der heutigen Gesellschaft leisten als Mütter und — als Arbeiterinnen. Neben und mit den proletarischen Männern arbeiten wir in Fabriken und Bureaus, Läden und Kontors an dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt. In nichts stehen wir hinter dem Mann zurück, eine Fülle von Arbeiten werden sogar durch die leichtere und flinkere Hand der Frau besser vollbracht als durch männliche Arbeit. Wenn wir also das Wahlrecht fordern, so ist es auf Grund dieser unserer natürlichen und wirtschaftlichen Leistungen für die Gesamtheit. Und unsere Forderung bringt uns nicht in Gegensatz zu den klassenbewußten männlichen Arbeitern, sondern erst recht an ihre Seite. Männliche und weibliche Arbeiter haben nur einen Feind: die Ausbeutung und Unterdrückung durch die bürgerlichen Kapitalisten. In der sozialistischen Gesellschaft ist Platz für jede Kraft sich zu betätigen, männliche und weibliche. Einen politischen und wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Männer und Frauen gibt es nur in der bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Grundsatz der Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren beruht.

Darum proletarische Mütter, laßt euch aufrütteln, schickt eure heranwachsenden Kinder in die freie Jugendorganisation, wo sie durch Vorträge aufgeklärt werden, durch Diskussionsabende ihr Wissen vermehren, durch heitere Geselligkeit, Spiele und Wanderungen zu einer reinen und edlen Lebensfreude erzogen werden.

Doch nicht nur unsere Kinder wollen wir der freien Jugendorganisation zuführen, auch unsere Bekannten, unsere Nachbarinnen der proletarischen Frauenbewegung! Sucht sie aufzuklären, sie für unsere und ihre eigene Sache zu interessieren, nehmt sie mit in die Versammlungen, gebt ihnen dies Blatt in die Hand! Ein Wunder wär's, wenn sie nicht bald die Unseren werden.

Kleines Feuilleton.

Eine neue Art von Wirbeltieren. Gondwanaland, dieser versunkene Erdteil der Urwelt, der auf der Südhalbkugel Afrika mit Indien verband, war von einer Tierwelt bevölkert, wie sie so wunderlich und seltsam nie wieder gesehen worden ist. Ein Geschlipf dieses verschollenen Kontinents, der in der Jurazeit unterging und an dessen Stelle der Indische Ozean trat, lebt noch in unsere Tage hinüber und ist erst vor kurzem in den nachtdunklen Wäldern des holländischen Neuguinea entdeckt worden. Von diesem merkwürdigsten Tier des australischen Erdteils, dem „Nilvogel", erzählt Wilhelm Bölsche in „Neuer Land und Meer". Die Gondwanatiere glichen teils Reptilien, teils Säugetieren, teils war es, als wolle sich in ihnen ein ganz neuer dritter Typus bilden, der aus den verschiedenen Tierklassen grotesk zusammengestückelt war. An diese phantastische Laune der Natur aus Urwaldtagen erinnert heute noch das sogenannt wohnende Schnabeltier. Schon vor Jahren wies ein einzelner Schädel die erste Spur, daß in Australien große Landschnabeltiere vorkämen; nach und nach aber hat es sich her-